ASEAN: Pakt gegen die Völker Südostasiens Seite 7

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 19 vom 13. Mai 1977 | 11. Jahrgang | 50 Pfennig

Unter dem Schlagwort des 'Terrorismus'

Feldzug gegen die revolutionäre Gewalt

In der letzten Zeit jagt eine Debatte über die „innere Sicherheit" in Bonn die andere. Allein in den letzten drei Wochen wurde dieses Thema im Bundestag zweimal auf die Tagesordnung gesetzt. Zuletzt, um Gesetzesvorschläge der CDU/CSU zu beraten über die Verschärfung des Haftrechts, die weitere Entrechtung der Angeklagten in politischen Prozessen, die Verschärfung des Gesetzes über die Sicherheitsverwahrung, die Einschränkung der Möglichkeiten, eine Gefängnisstrafe zur Bewährung auszusetzen und die verschärfte Verfolgung von Demonstranten.

Zwar waren sich die Bundestagsparteien nicht in allen einzelnen Fragen einig. Völlig einig waren sie sich aber darin, die Unterdrückung der Werktätigen weiter zu verschärfen und darin, dies unter dem Schlagwort des „Kampfes gegen den Terrorismus" zu tun.

Wer sind denn die „Terroristen", von denen Kanzler Schmidt sagt, daß man sie ohne Wenn und Aber verfolgen" müsse, von denen die CDU fordert, daß sie in „Sicherheitsverwahrung" gehören, in eine „Schutzhaft", wie wir sie aus der Zeit des Hitler-Faschismus kennen? Mörder, Verbrecher, die das Volk bedrohen, wie die Regierung behauptet? Richten sich die „Gesetze zur inneren Sicherheit", die immer weitere Verstärkung und Aufrüstung der Polizei, wie sie in den letzten Jahren betrieben wurde, also gegen Feinde des Volkes, wie die Regierung immer wieder versichert?

Nein, sie richten sich gegen die Werktätigen selbst, gegen den revolutionären, militanten Kampf, den sie heute führen und den sie in Zukunft verstärkt führen werden. Das bewies auch die letzte Bundestagsdebatte.

Warum wird denn im Bundestag, wenn es der Regierung, wenn es der CDU/CSU um den Kampf gegen Mörder und Verbrecher ginge, gegen die Demonstranten in Brokdorf und Grohnde gehetzt? Solche Demonstrationen seien der Anfang des Terrorismus, — so Vogel von der CDU/CSU. Und Bundeskanzler Schmidt in seiner letzten Regierungserklärung haut in die gleiche Kerbe, wenn er erklärt, Brokdorf oder Grohnde seien „Gewaltaktionen" gewesen und fortfährt: „Diese Gewaltakte waren weder tatsächlich noch waren sie rechtlich Demonstrationen, sondern das war Landfriedensbruch, in einzelnen Fällen auch schwere Körperverletzung und versuchter Totschlag." Und: „Gewalttaten gegen Personen wie auch Gewalt gegen Sachen sind Verstöße gegen unsere freiheitliche, rechtstaatliche Ordnung."

Was heißt das aber anderes als: Die „Anti-Terroristenmaßnahmen" des kapitalistischen Staates sind keineswegs nur gegen einige Anhänger der RAF gerichtet, sie richten sich gegen die breiten Massen der kämpfenden Werktätigen und Jugendlichen.

Nach einer Aufstellung der Bundesregierung fanden von 1970 bis 1976 13.118 Demonstrationen statt. 1.006 davon bezeichnet die Regierung als „Krawalle", als „Gewalttätigkeiten". Und der niedersächsische Innenminister gab bekannt, daß allein in den ersten vier Monaten dieses Jahres die Polizei 400.000 Stunden gegen Demonstranten im Einsatz war. Soll man angesichts dieser Tatsachen glauben, daß die weiteren 400 Polizisten, die in Niedersachsen noch in diesem Jahr zusätzlich eingestellt werden sollen, daß die weitere Bewaffnung, die sie für vier Millionen DM noch in diesem Jahr erhalten soll, zum Einsatz gegen eine Handvoll „Terroristen" gedacht ist? Nein, die Aufrüstung der Polizei, die Verschärfung der Gesetze richtet sich gegen die Werktätigen — gegen die, die heute bereits im Kampf stehen und gegen die, die in Zukunft gegen Massenentlassungen, gegen Lohnraub, Rationalisierungsterror, gegen andere Angriffe der Kapitalisten und ihres Staates revolutionär und militant kämpfen werden.

Stoltenberg spricht bereits offen davon, daß „Dauerarbeitslosigkeit, zumal Jugendarbeitslosigkeit" ein „Nährboden für den Terrorismus" sei. Natürlich meint Stoltenberg damit nicht, daß ein oder zwei Arbeitslose sich eine MP kaufen und zur RAF gehen könnten. Was Stoltenberg hier ausspricht, ist die Angst der Bourgeoisie davor, daß große Teile der Werktätigen, die die Ausweglo-

Fortsetzung auf S. 2, Spalte 1

1. Mai in der Türkei: 38 Menschen getötet



Die Polizei eröffnet von Panzern aus das Feuer auf die demonstrierenden Massen. (s . auch Seite 6.)

Am 1. Mai, dem internationalen Kampftag der Arbeiterklasse

Demonstrationen in aller Welt

In der ganzen Welt fanden am 1. Mai machtvolle Demonstrationen der Arbeiterklasse statt. Überall demonstrierten die Arbeiter und andere Werktätige ihre Entschlossenheit, gegen Ausbeutung und Unterdrückung zu kämpfen.

In einer Reihe mit den ausgebeuteten und unterdrückten Proletariern marschierte an diesem Tag aber auch die Arbeiterklasse in den sozialistischen Ländern. In der Sozialistischen Volksrepublik Albanien feiern die werktätigen Massen den 1. Mai bereits zum 33. Mal in einem freien Vaterland, wo das Volk Herr seiner Geschicke ist, wo die Arbeiterklasse die führende Klasse der Gesellschaft ist und im ganzen Leben des Landes den Ton angibt.

In einem Bericht von Radio Tirana über die Feiern zum 1. Mai in Albanien heißt es unter anderem:

Bereits in den frühen Morgenstunden des 1. Mai erschallten in den Städten und Dörfern Albaniens die Lieder dieses Feiertages, die revolutionären Lieder des Befreiungskampfes und der Arbeit für den Aufbau des Sozialismus. In der Hauptstadt Tirana strömten lange Menschenkolonnen ins Zentrum, um an der Großkundgebung auf dem Boulevard der gefallenen Helden der Nation teilzunehmen. Starker Beifall und laute Hochrufe ertönten, als der 1. Sekretär des ZK der PAA, Genosse Enver Hoxha, der Vorsitzende des Ministerrates, Mehmet Shehu, und andere Führer der Partei und des Staates auf der Tribüne erschienen. Nach einer Festansprache gab die Kapelle das Signal zum Beginn der Demonstration.

Die Demonstration eröffnete eine Gruppe Arbeiter mit der Nationalflagge an der Spitze. Die Arbeiter führten Losungen mit wie: „Unter Führung der Partei setzen wir die Beschlüsse des 7. Parteitages in die Tat um!" — „Ruhm der Partei der Arbeit!" — „Ruhm dem Marxismus-Leninismus!" usw. Durch bildliche Darstellungen und durch Beispiele ihrer Arbeit demonstrieren die Arbeiter die großen Erfolge, die sie bei der Steigerung der Produktion erzielt haben.

An der Spitze eines großen Zuges Werktätiger marschieren die Werktätigen des Traktorenersatzteilwerkes, die Initiatoren der revolutionären Bewegung „Arbeiten, kämpfen und leben wir wie im Belagerungszustand!". Diese Initiative, die von den Ideen des 7. Parteitages angeregt ist, hat sich auf das ganze Land ausgebreitet und den revolutionären Arbeitsschwung der Werktätigen weiter erhöht, hat unter den schweren Bedingungen der imperialistisch-revisionistischen Einkreisung laufend

Fortsetzung auf S. 6, Spalte 3

Durch Massenentlassungen, Sonderschichten und Arbeitshetze

Milliardenprofit für VW-Kapitalisten

Tausende von Arbeitern warfen die Bosse des VW-Konzerns vor zwei Jahren auf die Straße. Ein Jahr danach, 1976, machten sie den größten Reibach in der bisherigen Geschichte von VW. Über eine Milliarde DM beträgt der ausgewiesene (d. h. aus Steuergründen heruntergespielte) Bilanzgewinn des Konzerns. Für die Volkswagenwerke in Wolfsburg allein wird ein Gewinn von 784 Millionen DM ausgewiesen. „Das Wunder von Wolfsburg" jubelt die bürgerliche Presse; „ein Jahr vorher noch in den roten Zahlen und jetzt ein Rekordgewinn". Das „Handelsblatt", eine von Arbeitern kaum gelesene Wirtschaftszeitung, spricht ziemlich offen aus, wie dieses „Wunder" zustandegekommen ist. „Die VW-Manager praktizieren durchaus das richtige Konzept, die Produktion fast nur durch Sonderschichten und geringfügige Neueinstellungen zu erhöhen. Dadurch nimmt VW voll an der augenblicklichen hohen Automobilnachfrage teil."

Ja, das ist ihr Rezept: Von 1973 bis 1976 hat VW im Gesamtkonzern 45.000 Arbeiter und Angestellte entlassen. Im Inland allein wurde die Belegschaft um 27.000 reduziert. Ohne Skrupel haben die VW-Bosse die Wirtschaftskrise ausgenutzt, um rücksichtslos zu rationalisieren und durch brutale Verschärfung der Arbeitshetze, durch Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und durch den Abbau außertariflicher Zulagen Profite aus den Arbeitern herauszupressen wie nie zuvor.

Im vergangenen Jahr sind gegenüber einem Jahr davor mit einer um7.000 Mann verringerten Belegschaft 200.000 Autos mehr vom Band gelaufen. Der Umsatz pro Kopf der zunehmend verringerten Belegschaft stieg von 83.167 DM im Jahr 1974

Fortsetzung auf S. 2, Spalte 3

AUS DEM INHALT

Offen gesagt: „Der Alte" — ein typischer deutscher Polizist 2
RGW: Ein Jahr verschärfter Ausbeutung der Werktätigen 3
US-Imperialismus und Europa — Diktat des Stärkeren 3
Der Hetze folgen bereits Maßnahmen: Brutaler Angriff auf die Arbeitslosen 4
Nächtlicher Polizeiüberfall in Hamburg — Junger Arbeiter angeschossen 5
Iserlohn: Wer hat hier Angst vor der KPD/ML? 5
Am 11. Mai vor 25 Jahren: Philipp Müller von der Polizei erschossen ... 6
11 Jahre bewaffneter Kampf des Volkes von Simbabwe 7

Feldzug gegen die revolutionäre Gewalt

Fortsetzung von Seite 1

sigkeit des Kapitalismus am eigenen Leib spüren, sich im revolutionären, militanten Kampf gegen den kapitalistischen Staat erheben. Die Angst davor, daß durch die revolutionäre Gewalt der Massen dieser kapitalistische Staat, die Herrschaft der Kapitalistenklasse, gestürzt wird.

Weil es der Bourgeoisie darum geht, ihre Ausbeuterherrschaft vor dem Sturz durch die Arbeiterklasse zu schützen, richtet sich die Speerspitze der politischen Unterdrükkung, der fortschreitenden Faschisierung gegen die kommunistische Partei, die die Arbeiterklasse systematisch im Geist der bewaffneten Revolution erzieht und ihrem Kampf Klarheit und Organisiertheit verleiht. CDU-Vogel hetzt, daß die „K-Gruppen" die „Blutzufuhr für den Terrorismus" seien. Schmidt hetzte in seiner Regierungserklärung gegen „geistige Wegbereiter" des Terrorismus, gegen „Ideologien der Gewaltverherrlichung".

Wirklichkeit mit hohen Strafen zu verfolgen.

„Meinungsfreiheit" heißt es im Grundgesetz. „Es gibt keine politische Verfolgung", tönt es immer wieder aus den Bonner Ministerien. Aber die Herren in Bonn strafen sich selbst Lügen. Durch ihre Taten und manchmal auch durch ihre Worte. Hören wir Kanzler Schmidt in seiner „Regierungserklärung zur inneren Sicherheit und zur Terrorismusbekämpfung": „Kritik freilich", erklärte er, „legitimiert sich allein durch das vorbehaltlose Bekenntnis zu eben diesem freiheitlichen Rechtsstaat unseres Grundgesetzes." Kritik ist also erlaubt — aber nur, wenn man wie die D„K"P etwa, den Kapitalismus grundsätzlich akzeptiert. Jeder, der das nicht tut, der in Worten und in Taten, — und sei es auch nur durch einen „wilden" Streik, durch eine militante Demonstration — diesen kapitalistischen Staat konsequent und unversöhnlich angreift, der wird unter dem Schlagwort der „Terrorismusbekämpfung" mit Gesetzen, Polizei und Justiz verfolgt.



Eine Aktion der Partei im Rahmen des Kampfes gegen das 14. Strafrechtsänderungsgesetz 1976

Das sind keineswegs nur leere Worte. Der Marxismus-Leninismus wird heute in der Bundesrepublik als „Verbrechen" verfolgt, wer ihn propagiert, riskiert eine hohe Geld- oder sogar eine Gefängnisstrafe. Ein Jahr und acht Monate Gefängnis wurden bisher allein gegen Redakteure des „Roten Morgen" verhängt, die Geldstrafen, die wegen der revolutionären Agitation und Propaganda gegen Genossen und Sympathisanten der Partei verhängt wurden, erreichen bald die Millionengrenze. Verfolgt werden Kommunisten im Betrieb, in den DGB-Gewerkschaften, im Staatsdienst. Mit ihren jüngsten Gesetzen, wie dem Paragraphen 130 a hat sich die Bourgeoisie die Möglichkeit geschaffen, jede Befürwortung des revolutionären Klassenkampfes, des gewaltsamen Kampfes gegen den kapitalistischen Staat — also jede Anwendung der Schriften von Marx, Engels, Lenin, Stalin auf die heutige

Deshalb geht die „Terroristenbekämpfung", die die Regierung im Auftrag der Kapitalistenklasse betreibt, uns alle an. Denn sie ist nur ein anderer Name für die Faschisierung des kapitalistischen Staates, wie sie sich auch in der zunehmenden politischen Unterdrückung im Betrieb, am ständig wachsenden Polizeiterror auf den Straßen zeigt. Der Feind in diesem Kampf gegen die wachsende faschistische Gefahr in unserem Land ist der kapitalistische Staat. In diesem Kampf können die Werktätigen nur Erfolge erringen, wenn sie den Rahmen der bürgerlichen Legalität sprengen, wenn sie sich im revolutionären Klassenkampf gegen den Kapitalismus zusammenschließen. Denn endgültig kann die faschistische Gefahr nur gebannt werden durch die sozialistische Revolution, durch die Errichtung eines proletarischen Staates, eines vereinten, unabhängigen, sozialistischen Deutschland.

Durch Massenentlassungen, Sonderschichten und Arbeitshetze

Milliardenprofit für VW-Kapitalisten

Fortsetzung von Seite 1

auf 116.557 DM im Jahr 1976. Tausende von VW-Arbeitern, die in diesen Jahren entlassen wurden, haben bis heute keinen Arbeitsplatz mehr gefunden. Ihre Familien müssen in Not leben. Die VW-Kapitalisten jedoch reiben sich die Hände. Sie haben sich durch Arbeitsplatzvernichtung, durch verschärfte Antreiberei im Betrieb und dadurch, daß sie die Arbeiter gezwungen haben, ihren Gürtel enger zu schnallen, dumm und dämlich verdient. Und nach den bisherigen Daten wird dieses Jahr für VW mindestens genauso fett wie das Rekordjahr 1976.

Natürlich hieß es damals, als die Massenentlassungen angekündigt wurden, diese Maßnahmen seien „unerläßlich", nur so könnten weitere Arbeitsplätze gerettet werden usw. Und die Herren ließen die bekannten Sprüche los: „Wir alle müssen jetzt gemeinsam Opfer bringen, damit VW aus den Schwierigkeiten herauskommt." Das Aufsichtsratsmitglied und gleichzeitig damaliger Wirtschaftsminister von Niedersachsen, Küpker, sprach von der „unausweichlichen Notwendigkeit, die Absatzlage und die Beschäftigtenzahl aufeinander abzustimmen".

Als dann 1976 die Absatzlage sich wieder sprunghaft änderte und die Nachfrage nach Autos hochschnellte, kamen jedoch die Herren nicht einmal im Traum auf die Idee, die Beschäftigtenzahl nun erneut „mit der Absatzlage abzustimmen", nämlich entsprechend viele Arbeiter wieder einzustellen. VW beschäftigte nun vielmehr gegenüber 1974 20.000 Arbeiter weniger und ließ gleichzeitig 100.000 Autos mehr vom Band gehen als damals.

Dieser Kurs der rücksichtslosen Verschärfung der Ausbeutung wurde auch von Loderer, dem IGM-Vorsitzenden, vorangetrieben, der als „Arbeitnehmervertreter" im VW-Konzern den Posten des stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden bekleidet. Und der Gewerkschaftsapparat der IGM sorgte dafür, daß der Widerstand der Belegschaft abgewürgt wurde. So stimmte z. B. der Betriebsrat zuerst den Massenentlassungen und dann den Sonderschichten zu.

Der VW-Konzern ist bekanntlich zum größten Teil in staatlichem Besitz. Daran zeigt sich, was von den scheinheiligen Beteuerungen der Vertreter von Regierung und Staatsapparat zu halten ist, ihre größte Sorge sei der Abbau des Arbeitslosenheeres.

Diese Sprüche haben einzig und allein den Zweck, dem arbeitenden Volk Sand in die Augen zu streuen. In Wahrheit besteht die größte Sorge dieser Herren darin, den Monopolen Höchstprofite zu sichern. Genauso wie die privaten Unternehmen, so betreibt der kapitalistische Bonner Staat in den staatlichen oder halbstaatlichen Betrieben die skrupellose Vernichtung von Arbeitsplätzen und zwar im großen Maßstab. Nicht nur VW ist dafür ein Beispiel, sondern auch die Bundesbahn oder der staatliche Salzgitter-Konzern (zu dem unter anderem auch die Howaldtswerft gehört).

Der bürgerliche Staat ist der Feind der Werktätigen, das Werkzeug der Reichen, der Kapitalistenklasse, zur Sicherung ihrer Profite und zur Unterdrückung des Kampfes gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Wenn der DGB-Apparat und die D„K"P-Revisionisten scheinradikale Forderungen an die Adresse des Staates richten, er solle gegen „das Faustrecht des Profits" vorgehen, solle die Massenentlassungen stoppen und für Arbeitslose neue Arbeitsplätze schaffen, so wollen sie damit die werktätigen Massen betrügen und in die Irre führen. Nur durch den Kampf der Arbeiter und anderen Werktätigen, durch den unversöhnlichen Klassenkampf gegen das Kapital und den kapitalistischen Staat können wir Massenentlassungen verhindern und erzwingen, daß neue Arbeits- und Ausbildungsplätze bereitgestellt werden.

Um den Kampf gegen die Angriffe des Kapitals abzuwiegeln, schürt der DGB-Apparat auch die falsche Vorstellung, daß in der Krise, wenn die Absatzlage schlecht ist, der Kampf gegen Stillegungen und Massenentlassungen zum Scheitern verurteilt sei, daß Streiks unter diesen Umständen keinen Sinn hätten, weil ja die Kapitalisten sowieso die Produktion einstellen oder einschränken wollten. So redeten die reaktionären Gewerkschaftsführer auch, als die Massenentlassungen bei VW anstanden. Inzwischen ist sonnenklar, wie verlogen diese Propaganda ist. So reden Agenten des Kapitals, aber keine Interessenvertreter der Arbeiterklasse.

Am Beispiel von VW zeigt sich, daß Stillhalten in einer solchen Situation nur den Kapitalisten nutzt, daß die Arbeiter kämpfen müssen, um ihre Arbeitsplätze zu verteidigen, gegen die Kapitalisten und die Feinde in ihren eigenen Reihen.

Kurz berichtet

BREMERHAVEN

Am 21. April hat in Bremerhaven eine Veranstaltung „Heraus zum Roten 1. Mai" stattgefunden, zu der 18 Freunde und Genossen der Partei gekommen waren. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die Rede eines Genossen der Partei, der erklärte, warum die Partei zum Boykott des Regierungsmai und für die Beteiligung an den Roten Maidemonstrationen aufruft. Außerdem wurden Lieder der revolutionären Arbeiterbewegung gesungen. Im Laufe der Veranstaltung erklärten sich einige Jugendliche dazu bereit, an den Maidemonstrationen der Partei teilzunehmen und dafür zu werben, was dann auch geschah. Die Teilnehmer der Veranstaltung verabschiedeten außerdem eine Resolution, in der die Wiedereinstellung des Roten Betriebsrats Gerd Coldewey von Felten&Guilleaume in Nordenham gefordert wird.

KASSEL

Am 29. April hat in Kassel die Maiveranstaltung der KPD/ML stattgefunden. Höhepunkt der Veranstaltung war der Film über den III. Parteitag der KPD/ML. Im Anschluß an die Veranstaltung wurde getanzt.

LÜBECK

In Lübeck feierten die Freunde und Genossen der Partei am 30. April mit einer Veranstaltung den 1. Mai. Zu der Veranstaltung waren auch eine Reihe von Sympathisanten gekommen. Großen Beifall bekam der neugegründete Agitproptrupp der Partei „Roter Sturm", der auf der Veranstaltung sein erstes Programm vorstellte. Auch in Lübeck folgte der Veranstaltung ein Tanz in den Mai.

OFFENBACH

Zur Maiveranstaltung in Offenbach kamen insgesamt 35 Freunde und Genossen der Partei, darunter mehrere Jugendliche, die zum ersten Mal eine Versammlung der Partei besuchten. Begeistert aufgenommen wurde außerdem ein Dia-Vortrag der ROTEN GARDE Seligenstadt über ihren Kampf.

DARMSTADT

55 Freunde und Genossen besuchten die Maiveranstaltung der Partei in Darmstadt, darunter zahlreiche iranische Freunde. Auf der Veranstaltung wurden insgesamt 430 DM gesammelt, davon 330 DM für die RKP Chiles.

SYKE

Im April wurde in Syke die ROTE GARDE gegründet. Die ROTE GARDE griff gleich nach ihrer Gründung in die Aktivitäten zur Mobilisierung für den Roten 1. Mai ein und unterstützte die Genossen der Partei nach Kräften bei der Agitation und Propaganda für die Werktätigen in Syke und Umgebung.

LÜBECK

Am 13. April versammelten sich alle Lübecker Genossen zu einem Treffen, bei dem Genosse Ernst Aust, der Vorsitzende unserer Partei, über die Ergebnisse des III. Parteitages der KPD/ML sprach. Er ging dabei sehr konkret auf die Probleme bei der Parteiarbeit auch in Lübeck ein und zeigte auf, wie die Genossen ihre Arbeit vor allem im Betrieb und unter den Jugendlichen verbessern können. Die Lübecker Genossen berichten, daß alle Teilnehmer von diesem Treffen sehr begeistert waren und viel gelernt haben.

Dieser Ausgabe liegt eine Beilage bei.

Offen gesagt ...

"Der Alte"- ein typischer deutscher Polizist

„Der Alte schlägt zweimal zu" — hieß die letzte Folge einer neuen Krimi-Serie im Fernsehen. Die Sendung zeigte die Jagd nach einem Mörder — mit Methoden, die offen faschistisch waren. Da wurde ein Mann, der wegen Mordverdachts verhaftet wurde, mit Handschellen an die Heizung gekettet, wurde er — als Lockvogel — wieder freigelassen, damit man auch seine Komplizen verhaften konnte, wurden von seiner Freundin mit Hilfe eines gefälschten Tonbandes und mit Hilfe eines Polizisten, der ihren Liebhaber spielte, Geständnisse erpreßt usw.

Bereits während der Sendung riefen laufend Zuschauer an, die die Absetzung dieser, die brutale Gewalt verherrlichenden Sendung verlangten. Offensichtlich war man also zu weit gegangen...

Und prompt entrüstete sich auch die Polizei. „So etwas paßt in die Nazi-Zeit, aber nicht in eine Demokratie", empörte sich ein Polizeihauptkommissar. Ein anderer Polizist: „So wie dieser Fernsehkommissar arbeitet keiner von uns. Seine Verhörpraktiken haben den Bereich der Legalität schon längst verlassen. Machte das einer von uns, müßte er womöglich den Dienst quittieren. Eine Disziplinarstrafe wäre das mindeste." Sowohl der Bund Deutscher Kriminalbeamter als auch die Gewerkschaft der Polizei distanzierten sich von solchen in der polizeilichen Praxis angeblich „absolut unvorstellbaren" Methoden.

„Absolut unvorstellbare Methoden"? Solche und ähnliche Methoden sind nicht nur vorstellbar — Tausende und Abertausende Werktätige mußten bereits Bekanntschaft mit ihnen machen. Und zwar nicht, weil sie Verbrecher waren — weil sie eine kleine Verkehrsübertretung begingen oder auch, weil sie gar nichts machten und der Polizei aus irgendeinem Grund „verdächtig" erschienen; weil sie an einem „wilden" Streik teilnahmen oder an einer Demonstration, bei der die Polizei eingriff usw. Es gibt keine größere Stadt in der Bundesrepublik, in der nicht bereits gegen die eine oder andere Polizeiwache der Vorwurf der „Folter" erhoben wurde.

Den Dienst quittiert allerdings hat so gut wie keiner der betreffenden Polizisten — auch nicht von denen, die noch weiter gingen, als der „Alte" und die Verfolgten nicht nur folterten, sondern erschossen. Auch „Der Alte", täte er in Wahrheit Dienst und nicht nur im Fernsehen, bräuchte also nicht um seine weitere Polizeilaufbahn zu fürchten. Es ist keineswegs — wie es die Presse jetzt hinzustellen versucht — das Phantasieprodukt eines ehemaligen Fremdenlegionärs und Gangsters, er ist ein durchaus typischer deutscher Polizist.

Mit dem einen Unterschied, das man ihm — täte er in Wahrheit Dienst — nicht ungestraft Nazi-Methoden vorwerfen dürfte. Eine Anzeige wegen „Beleidigung" oder „Verächtlichmachung der Bundesrepublik" wäre einem sicher.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 – 465. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231/43 3691 und 43 3692. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund. Druck: Alpha Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o. a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Ein Jahr verschärfter Ausplünderung der Werktätigen

Anfang April erschienen in den Zentralorganen der revisionistischen Parteien der RGW-Staaten Rückblicke auf das erste Jahr des Fünfjahrplans 1976-1980, bei dem zum ersten Mal die Pläne der einzelnen revisionistischen Staaten direkt unter der Kontrolle Moskaus aufgestellt und koordiniert wurden.

Die Berichte preisen den angeblichen Nutzen der „sozialistischen Integration" für die Werktätigen und können nicht oft genug die Hilfe des „großen Bruders" in Moskau loben. Die Wirklichkeit sieht jedoch anders aus. Die neuen Zaren im Kreml gleichen einer gierigen Spinne, die ihr Netz immer fester und fester spinnt und zusammenzieht, um die Wirtschaft der anderen RGW-Staaten noch mehr in den Griff zu bekommen, die Werktätigen in diesen Ländern noch mehr auszusaugen.

Wie eng dieses Netz mittlerweile geworden ist, zeigt sich daran, daß heute allein für den Zweig der verarbeitenden Industrie innerhalb des RGW 560 zwei- oder mehrseitige Verträge existieren, in denen Moskau den anderen RGW-Staaten vorschreibt, was und in welchen Mengen sie produzieren sollen. Beispielsweise werden 80% der Aufgaben des Staatsplanes Wissenschaft und Technik der DDR „gemeinsam" (sprich unter dem Kommando) der Sowjetunion realisiert. Allein zwischen der Sowjetunion und der DDR sind für den Planzeitraum 1976 bis 1980 rund 500 wissenschaftlich-technische Aufgaben zur „gemeinsamen" Lösung vereinbart worden. Im gesamten RGW-Bereich gibt es im wissenschaftlich-technischen Bereich 54 Koordinationszentren, die die Arbeit in ca. 1.600 Forschungsinstitutionen, Projektionsbüros usw. zum Nutzen der russischen Sozialimperialisten lenken.

Daß das so ist, läßt sich auch in dem für die revisionistischen Zeitungen vorfabrizierten Bericht über das erste Jahr des Fünfjahrplans nicht vollkommen vertuschen. Da wird als Beispiel für das „dynamische" Wirtschaftswachstum der RGW-Staaten etwa erwähnt, daß Hunderte neuer Betriebe ihrer Bestimmung übergeben wurden. Allerdings wird dies nur für die Sowjetunion mit Zahlen belegt. Mit gutem Grund.

Denn während in der Sowjetunion rund 250 neue Betriebe eingerichtet wurden, wurden in der CSSR bis zum letzten September noch nicht einmal 10% der für 1976 vorgesehenen Kapitalinvestitionen realisiert. In Bulgarien sind für die Jahre bis 1980 von vornherein 25% weniger Bauvorhaben geplant als in den letzten fünf Jahren. Und auch in Polen und Ungarn konnten Werke nicht gebaut werden bzw. verzögerte sich ihr Bau erheblich. Dies hat seinen Grund darin, daß die für solche Investitionen vorgesehenen Fonds erst einmal dafür herhalten müssen, die sogenannten „gemeinsamen Projekte" in der Sowjetunion zu finanzieren, so daß für die Bauvorhaben im eigenen Land kaum noch Geld übrig bleibt.

Auch auf dem Gebiet der Energieversorgung haben die russischen Sozialimperialisten im letzten Jahr die Ausplünderung der anderen RGW-Staaten weiter verschärft. So muß auch in diesem Jahr wieder die DDR zugeben: „Durch Veränderungen der RGW-Preise waren zusätzliche Aufwendungen für die DDR notwendig." (Statistisches Jahrbuch 1976). Diese „Veränderung der RGW-Preise", die man im normalen Sprachgebrauch ja wohl Preiserhöhungen nennt, sind eine Form der „Hilfe des großen Bruders", die sich für die anderen RGW-Staaten besonders verheerend auswirkt, da sie auf diesem Gebiet fast alle vollständig abhängig sind von den russischen Sozialimperialisten und diese deshalb die Preise nach ihrem Gutdünken diktieren können.

Verheerende Folgen hat das skrupellose Diktat Moskaus für die anderen RGW-Staaten auf dem Gebiet der Landwirtschaft gehabt. Im Bericht über das erste Jahr des neuen Fünfjahrplans heißt es dazu: „Die im Jahre 1976 ungünstigen Witterungsbedingungen für die Landwirtschaft in der Ungarischen VR, der DDR, der Mongolischen VR, der VR Polen und der CSSR blieben nicht ohne Einfluß. Insgesamt haben die Bruderländer jedoch auch in der Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion einen Schritt nach vorn getan."

Gewiß: einen Schritt nach vorn in den Spalten der revisionistischen Lügenpresse und viele Schritte zurück in der Wirklichkeit. Die DDR beispielsweise erzielte einen so niedrigen Stand der landwirtschaftlichen Erträge wie noch nie seit ihrer Gründung. In Polen sank im letzten Jahr die Schweineproduktion um 12% gegenüber dem Vorjahr, die Rinderproduktion um 6%. Die Sowjetunion schließlich mußte im letzten Jahr 6,6 Mio. Tonnen Getreide allein aus den USA importieren.

Die Leidtragenden bei dieser Raubpolitik der russischen Sozialimperialisten sind die Werktätigen in den revisionistischen Ländern. Die Tatsache, daß im Bericht über das erste Jahr des Fünfjahrplans hervorgehoben wird, daß rund drei Viertel des Zuwachses des Nationaleinkommens der RGW-Länder durch die Steigerung der Arbeitsproduktivität erzielt wurden, gibt Aufschluß darüber, wie sehr im letzten Jahr Rationalisierungsterror und Arbeitshetze verschärft wurden.

Das zeigt sich auch in der DDR. Zwar wird dort gegenwärtig ein großer Rummel um die Einführung der 40- bzw. 42-Stundenwoche für Hunderttausende Werktätige gemacht. Aber in Wirklichkeit kann von einer Hebung des Lebensniveaus der Werktätigen keine Rede sein. Denn kaum wurde bekannt, daß für Schichtarbeiter jetzt die 40-Stundenwoche eingeführt werden soll, da begannen die Antreiber der faschistischen SED und des faschistischen FDGB in den Betrieben auch schon die „Initiativen zur Intensivierung der Arbeit" durchzusetzen. Etwa die „Initiative 40", die fordert, daß die Arbeiter in 40 Stunden genauso viel schaffen müssen wie vorher in 42 Stunden. Oder die „Schichtgarantie" und die „persönliche Garantie für den Plan", die verlangen, daß man erst in der letzten Sekunde der Arbeitszeit seinen Platz verläßt und das auch nur dann, wenn man den Plan für seine Schicht erfüllt hat.

Wie sehr die Arbeitshetze in der DDR verschärft wurde, läßt sich auch daran ablesen, daß Rudi Georgi, Minister für Werkzeug- und Verarbeitungsmaschinenbau beim 5. Plenum des Zentralkomitees einerseits zugeben mußte, daß „das Schrittmaß für die volle Sicherung der staatlichen Auflage 1976-1980 bis heute noch nicht vollständig erreicht" sei und andererseits über „politisch-ideologische Fragen im Betrieb" klagte wie: „Die Leistungsziele sind zu hoch und nicht realisierbar."

Aber die Werktätigen in den revisionistischen Ländern haben nicht nur unter verstärkter Arbeitshetze zu leiden. Es ist bekannt, daß in vielen dieser Länder Arbeitslosigkeit und Preissteigerungen noch stärker auf den Massen lasten als etwa in Westdeutschland. Es ist schon mehr als ein Hohn, wenn angesichts dieser Tatsachen die revisionistische Presse nicht oft genug die Hebung des Lebensstandards der Werktätigen in den revisionistischen Ländern preisen kann.

Natürlich wird in diesem Bericht über das erste Jahr des Fünfjahrplans mit keinem Wort erwähnt, daß 1976 nicht nur das Jahr noch größerer Ausplünderung der Werktätigen durch die russischen Sozialimperialisten, das Jahr noch größeren Elends für die Massen war, sondern auch das Jahr des machtvollen und erfolgreichen Kampfes der polnischen Arbeiterklasse gegen ihre Ausbeuter in Warschau und Moskau. Dieser revolutionäre Kampf in Polen aber und verschiedene Streiks in anderen Ländern, auch in der DDR, zeigen, daß die Massen die zunehmende Ausbeutung und Unterdrückung nicht hinnehmen, daß sie sich zur Wehr setzen und in immer breiterem Maße für den Sturz der sozialfaschistischen Regime kämpfen werden.

2,5 Millionen für US-Besatzer



In Garlstedt hat Bundeskriegsminister Leber den Grundstein der Garnison für die USA-Besatzer gelegt, die demnächst hier stationiert werden sollen. Mit den Worten: „Ich mauere den Eckstein als Symbol für unsere Allianz" bekräftigte Leber das unveränderte Festhalten der westdeutschen Imperialisten an ihren revanchistischen Ambitionen, die sie durch ihren Verrat an den nationalen Interessen des deutschen Volkes als Juniorpartner des amerikanischen Imperialismus zu verwirklichen hoffen. 2,5 Millionen DM wird die Bonner Regierung dafür den amerikanischen Besatzern in den Rachen werfen, Gelder, die sie aus den Werktätigen unseres Landes herausgepreßt haben.

US-Imperialismus und Europa

Diktat des Stärkeren

Mit einer wahren Propagandaoffensive hat der amerikanische Präsident Carter den „Londoner Gipfel" der Regierungschefs und Staatsoberhäupter der größten und einflußreichsten kapitalistischen Länder der westlichen Welt, der am vergangenen Wochenende begonnen hat, eröffnet. Die Interviews, die Carter den Korrespondenten mehrerer europäischer Rundfunkanstalten und Zeitungen gab, machten deutlich, daß es nach wie vor das Ziel des amerikanischen Imperialismus bleibt, die Völker Westeuropas zu versklaven und seine europäischen Verbündeten seinem Diktat zu unterwerfen.

Natürlich hat Carter in den Interviews auch viele schöne Worte gefunden, um den „Geist der Partnerschaft" zu beschwören, der angeblich die Beziehungen zwischen den USA und ihren europäischen Verbündeten kennzeichnet. Doch die Geschichte dieser Beziehungen hat gezeigt, daß sich hinter der Maske der Zusammenarbeit und des guten Einvernehmens stets das Diktat des Stärkeren und der Wille der größeren Macht verborgen haben, den anderen das Gesetz zu machen.

Das Hauptinstrument des amerikanischen Imperialismus, um die Völker und Länder Westeuropas seinem Diktat zu unterwerfen, war und ist der von ihm geschaffene und kontrollierte aggressive NATO-Pakt, sind die zahlreichen Militärstützpunkte und Besatzersoldaten, die die USA-Imperialisten in fast jedem westeuropäischen Land stationiert haben.

Deshalb hat Carter klar erklärt: „Ich bin der Meinung, daß die Allianz (die NATO — RM) ein Eckstein unserer eigenen nationalen Sicherheit ist. (...) Die militärische Allianz ist mithin der Kern, um den sich herum unser aller Fortschritt entwickelt hat." Mit diesen Worten erinnerte Carter seine westeuropäischen imperialistischen Verbündeten deutlich an die Macht des amerikanischen Imperialismus — an die Flotten, die vor den Küsten Europas kreuzen, an die fast 300.000 amerikanischen Soldaten, die in Westeuropa stationiert sind und an das gewaltige Arsenal von taktischen und strategischen Atomwaffen, die auf dem Boden der westeuropäischen Länder lagern. Gleichzeitig forderte Carter die Regierungen der westeuropäischen Länder auf, größere Anstrengungen zu unternehmen, um die Schlagkraft der NATO zu verstärken und aufzurüsten.

Diese Erklärungen Carters sind kein Zufall. Die USA und die gesamte kapitalistische Welt stecken in der schwersten Krise seit dem zweiten Weltkrieg. In diesem Zusammenhang hat sich nicht nur die Rivalität zwischen den beiden imperialistischen Supermächten, der USA und der Sowjetunion, verschärft, sondern es haben sich auch die Spannungen und Meinungsverschiedenheiten zwischen den amerikanischen Imperialisten und ihren imperialistischen Verbündeten vertieft. Die Meinungsverschiedenheiten und Widersprüche erstrecken sich heute nicht mehr nur auf das Gebiet der wirtschaftlichen Beziehungen, sondern auch auf Fragen der militärischen und politischen Zusammenarbeit.

Der Kampf der unterdrückten Völker und Nationen gegen den Imperialismus hat gewaltige Ausmaße angenommen. Gleichzeitig verstärkt sich der Kampf der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen gegen die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung.

Unter diesen Bedingungen hat Europa für den amerikanischen Imperialismus eine noch größere Bedeutung erlangt. In den Ländern Westeuropas hat der amerikanische Imperialismus ein Drittel seiner Auslandsinvestitionen angelegt und zieht aus der Ausbeutung der Völker dieser Länder gewaltige Profite. Die in der NATO, der EWG und den zahlreichen anderen imperialistischen Bündnissen zusammengeschlossenen westeuropäischen Länder sind die stärkste Bastion des amerikanischen Imperialismus in seinem Kampf mit dem sowjetischen Sozialimperialismus um die Weltherrschaft. Unter der Führung des USA-Imperialismus verfolgen sie alle zusammen eine gemeinsame konterrevolutionäre, gegen die Völker der Welt gerichtete Politik der Expansion, des Raubes und der Aggression.

Carter hat keinen Zweifel daran gelassen, daß es die amerikanischen Imperialisten ihren Verbündeten nicht gestatten wollen, den Kopf mehr zu heben als es im Interesse Washingtons liegt. Er sagte offen, daß die USA als eine „mächtige und einflußreiche Nation" stark genug seien, ihre europäischen Partner zu beeinflussen.

Die Erklärungen Carters zeigen unmißverständlich, daß der amerikanische Imperialismus nach wie vor ein gefährlicher Feind der Völker Europas ist. Sie zeigen, daß der amerikanische Imperialismus trotz der erlittenen Niederlagen und der allseitigen Krise, in der er steckt, sogar noch aggressiver wird und sich bemüht, nicht nur seine Positionen zu halten, sondern sogar neue zu gewinnen.

„Daher", betonte Genosse Enver Hoxha auf dem 7. Parteitag der PAA, **„ist wie in der Vergangenheit auch heute der konsequente und ununterbrochene Kampf, um die Politik des Imperialismus mit dem amerikanischen an der Spitze zu entlarven und seine aggressiven Pläne zu durchkreuzen, eine unerläßliche Bedingung für die Verteidigung der Freiheit und des Sozialismus, für den Sieg der Revolution und die Befreiung der Völker."**

Der Kampf gegen den amerikanischen Imperialismus ist untrennbar verbunden mit dem Kampf gegen die imperialistische europäische Bourgeoisie, die nicht nur selbst die Arbeiterklasse und die Werktätigen ausbeutet und unterdrückt, sondern auch längst die nationalen Interessen ihrer Völker verraten hat. Die sich dem amerikanischen Imperialismus an den Hals geworfen hat, um gemeinsam mit ihm und unter seiner Führung ihre räuberischen Ambitionen zu verwirklichen.

DIE „THEORIE DER DREI WELTEN" — EINE MARXISTISCH-LENINISTISCHE THEORIE?

Ein wichtiger Beitrag zur Entlarvung der Thesen der neuen internationalen opportunistischen Strömung und ihrer „Theorie der drei Welten". Erweiterte Wiedergabe der Beilage zu „Roter Morgen" Nr. 11/77 — jetzt als Broschüre.
Preis DM 1,50.

Zu bestellen bei: GEWISO-Buchvertrieb, 2000 Hamburg 50, Postfach 500568.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Arbeiterkorrespondenzen

Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26

Löhne gekürzt und zugleich Millionen verschwendet

Ich möchte Euch einmal von einer Lohnsenkung berichten und von der Situation im Krankenhausbereich bei uns. Zum ersten. Der Landschaftsverband Rheinland hat den Lohn für Lernpfleger und -schwestern gekürzt. Die Kürzungen betragen im ersten Lehrjahr 45 DM, im zweiten 50 DM und im dritten 60 DM. Welcher erwachsene Mensch (darum handelt es sich bei den meisten Betroffenen) kann mit 663 Mark brutto auskommen? Waren vorher 708 DM schon wenig, ist jetzt kaum noch an ein selbständiges Leben zu denken. Zweiter Punkt. In Langenfeld ist ein neuer Bau im Landeskrankenhaus gebaut worden für zig Millionen. Man kann daran sehen, daß der kapitalistische Staatsapparat nicht zu vernünftiger Planung fähig ist, geschweige denn, daß er im Interesse der Werktätigen, hier der Patienten und Pfleger, planen würde. Dieser Bau ist nämlich für chronisch psychisch Kranke bestimmt, ist aber wie ein Hotel eingerichtet, alles mit Teppichböden und Polstermöbeln. Früher bekamen diese Menschen nichts. Heute bekommen sie Sachen, mit denen sie nichts anfangen können bzw. die sie kaputt machen werden. Natürlich werden die miserablen Behandlungsmethoden nicht geändert und es wird Personal eingespart. So soll z. B. eine einzige Nachtwache vier Stationen überwachen. Vier oder fünf andere Häuser werden für diesen Bau abgerissen und es werden Parkplätze daraus gemacht. In der ganzen Deutschen Bundesrepublik werden zig Krankenhäuser geschlossen. Der Landschaftsverband steckt im Defizit. Aber ein neuer Bau! Heute war dann Tag der offenen Tür und jeder durfte sich den Bau ansehen. Man sieht also: Dieser Bau dient nicht den Bedürfnissen der Werktätigen, sondern er dient nur dem Prestige der Bourgeoisie, dem progressiven Anstrich, den sie sich geben will. Wir müssen dafür sorgen, daß ihr diese progressive Maske heruntergerissen wird, denn bezahlen müssen diese Manöver die Werktätigen. Wir müssen erklären, daß Planung nach den Bedürfnissen des arbeitenden Volkes nur unter der Herrschaft der Arbeiterklasse möglich ist und daß dazu die proletarische Revolution notwendig ist.

Wolfsmoral des Kapitalismus

Liebe Genossen!

Vor kurzem sprach ich mit einem Lehrling, der bei AEG Kanis in Nürnberg seine Lehre macht und im Sommer fertig wird. Ich fragte, wie die Aussichten seien, ob sie übernommen würden. „Wir werden alle übernommen, das wurde uns fest zugesichert", war die Antwort. Dies erstaunte mich, da ich wußte, daß die Großbetriebe in Nürnberg, wie AEG, Siemens und MAN, nach den letzten Abschlußprüfungen im Februar nur ganz wenige der fertig Ausgebildeten übernommen hatten. Die meisten mußten sich am Arbeitsamt als arbeitslos melden.

Platt aber war ich, als ich erfuhr, wie die Kapitalisten von AEG Kanis in diesem Falle vorgehen. „Planstellen", so erklärte der Lehrling weiter, „sind allerdings noch nicht da. Aber wenn jemand von den Kollegen auf einer Planstelle krank wird, kommen wir zuerst als Aushilfe auf seine Stelle. Und dann wird man schon sehen...!"

Hierin wird wieder einmal deutlich, wie sehr unser kapitalistisches System zur Rücksichtslosigkeit erzieht. Immer wird einer gegen den anderen ausgespielt. Um selber arbeiten zu können, sollen die Jugendlichen rücksichtslos genug sein, die Kündigung von älteren Kollegen geradezu herbeizuwünschen. Gleichzeitig können sich die Kapitalisten stets die Gesündesten, Kräftigsten heraussuchen, um aus ihnen besonders viel Profit herauszuholen. Sicherheit? Dankbarkeit für treue Dienste? Im Kapitalismus gibt es das nicht.

Rotfront!

Eine Genossin aus Nürnberg.

Bauarbeiter für Streik

Liebe Kollegen!

Ich berichte Euch von unserer Gewerkschaftsversammlung der IG Bau-Steine-Erden. Auf der Versammlung ging es in erster Linie darum, ob wir für Streik für „unsere" Gewerkschaftsforderung eintreten oder nicht.

Die anwesenden Kollegen bekräftigten einstimmig ihre Kampfbereitschaft zum Streik.

Zuvor wurde eine Sache vom Vorstand zum besten gegeben, in der sie uns die 190 DM (Sommerausgleichsgeld) in 1,5% mehr Lohn verkaufen wollten bzw. verkauft haben.

Was hat es mit der neuen Regelung auf sich? Die Gewerkschaftsbonzen haben hier die Kollegen in gelernte und ungelernte Kollegen gespalten. Bei der Prozent-Regelung geht die Lohnschere weiter auseinander. Dies wurde von mir als Spaltung entlarvt. Von den Kollegen wurden meine Worte mit Beifall und dem Zwischenruf „Klassenkampf" bedacht. Der Vorstand versuchte die neue Regelung damit zu rechtfertigen, daß die alte Regelung klare Mängel aufwies. So bekam z. B. ein Kollege, wenn er vor dem 1. 10. entlassen wurde, die 190 DM nicht, die sonst mit der Oktober-Abrechnung ausgezahlt wurden.

Dies wurde von den Bonzen zum Anlaß genommen, die Prozent-Regelung einzuführen, mit der Begründung, dies sei gerechter, weil es jetzt gleich ausgezahlt wird. Man bekommt die Prozente aber nicht, wenn man krank ist. Dies macht deutlich, daß es den Bonzen nur um Spaltung geht.

Die gleiche Schote sind die 1,5% mehr Lohn für die gelernten Kräfte ab 1. 1. 78. Begründung: ein Anreiz für neue Lehrlinge, einen Bauberuf zu ergreifen.

Bei dieser neuen Regelung soll die Ausbeutung noch weiter vorangetrieben werden, denn die Akkord-Preise werden nicht um 6,4% angehoben. Die Schweinerei liegt darin, daß der Maurer mehr mauern muß, um auf seinen Stundenlohn zu kommen und der „Handlanger" muß das Tempo mitgehen, aber ohne die 1,5% mehr Lohn.

Die Bonzen der IG Bau-Steine-Erden haben sich das fein ausgedacht. Sie haben die Friedenspflicht um 12 Tage verlängert, damit wir dem Raubabschluß zustimmen sollen, obwohl die Kollegen bereit sind, für 8,5% zu streiken. Hieran sieht man deutlich, daß die Bonzen uns in den Rücken fallen und sich als Gralshüter des Kapitalismus entlarven. Machen wir ihnen am 12. Mai einen Strich durch ihre verlogene Rechnung!

Rot Front!

Der Hetze folgen bereits Maßnahmen

Brutaler Angriff auf die Arbeitslosen

„Viele schwarze Schafe unter den Arbeitslosen" — „Die Arbeitgeber sollten Drückeberger beim Arbeitsamt melden" — „Vielen Arbeitslosen fehlt der Anreiz, Arbeit anzunehmen, weil das Arbeitslosengeld so hoch ist" — so tönte es in den vergangenen Wochen aus der bürgerlichen Presse, aus Ministerien und Ämtern. Eine unerhörte Hetze gegen die Arbeitslosen. Wir schrieben im „Roten Morgen" dazu, daß diese Hetze nicht nur dazu dient, die gesellschaftliche Ursache der Arbeitslosigkeit zu vertuschen, die im System der kapitalistischen Ausbeutung liegt, sondern daß dies auch die Begleitmusik dafür ist, daß neue Angriffe gegen die Arbeitslosen vorbereitet werden (siehe RM Nr. 17 vom 29. April 1977). Inzwischen hat der Verwaltungsrat der Bundesanstalt für Arbeit neue Bestimmungen erlassen, die einen brutalen Angriff auf die Arbeitslosen darstellen.

Seit 1974 gibt es die „Anordnung zur Förderung der Arbeitsaufnahme". Diese Anordnung ist ein Hebel, um Arbeitslose zu zwingen, alle möglichen schlecht bezahlten oder in sonstiger Weise besonders miesen (z. B. gesundheitsschädlichen) Arbeitsstellen anzunehmen, oder aber das Arbeitslosengeld entzogen zu bekommen. Die neuen Bestimmungen, die seit dem 1. Mai in Kraft sind, bedeuten eine einschneidende Erweiterung und Verschärfung dieser Anordnung. Wie es heißt, sollen sie den Arbeitsämtern bessere Möglichkeiten geben, Arbeitslose „auf ihre Arbeitswilligkeit oder auf ihre Bildungswilligkeit zu prüfen".

Es handelt sich dabei um die Möglichkeit, daß die Arbeitsämter Arbeitslose zur „Arbeitserprobung" oder zur „Probebeschäftigung" schicken können.

„Arbeitserprobung" bedeutet, daß der Arbeitslose für einige Wochen vom Arbeitsamt einer Firma zugewiesen wird, bei der er arbeiten muß, um, wie es heißt, „seine beruflichen Eigenschaften zu erproben". Der Betroffene hat jedoch in dieser Zeit kein Beschäftigungsverhältnis mit dem betreffenden Kapitalisten. Er muß arbeiten, behält aber den „Status" eines Arbeitslosen. Er erhält keinen Lohn, sondern weiterhin Arbeitslosengeld bzw. Arbeitslosenhilfe. Er hat keinerlei Rechte, auch nicht die minimalen Rechte, die selbst das reaktionäre Betriebsverfassungsgesetz den Arbeitern noch zugesteht. Unter anderem kann sich auch der Betriebsrat nicht für ihn einsetzen. Er ist praktisch völlig der Willkür des Arbeitsamtes und des Kapitalisten ausgesetzt.

Der Kapitalist kann ihn ausbeuten, ohne daß er auch nur einen Pfennig Lohn, Steuern oder Sozialabgaben für ihn aufbringen muß. Der Arbeitslose arbeitet also umsonst für ihn. Läßt er sich nicht alles gefallen, so muß er befürchten, daß das Arbeitsamt entsprechende Sanktionen gegen ihn verhängt. Z. B. daß das Arbeitslosengeld gesperrt oder gar ganz gestrichen wird.

Die zweite Maßnahme ist jedoch noch viel unverschämter: die sogenannte „Probebeschäftigung". Wenn ein Kapitalist „die Eignung des arbeitslosen Arbeitssuchenden für seinen Betrieb bezweifelt" (womit nicht die berufliche Qualifikation, sondern die „Arbeitswilligkeit" gemeint ist) und „wenn dadurch die Vermittlungsaussichten für den Arbeitssuchenden verbessert werden", kann das Arbeitsamt verlangen, daß man sich dieser Maßnahme unterzieht.

Es wird dabei ein befristetes Beschäftigungsverhältnis eingegangen, das bis zu drei Monate dauern kann. Dem Kapitalisten werden sämtliche Lohnkosten, der „Arbeitgeberanteil" an der Sozialversicherung und sämtliche sonstigen Kosten zu 100 Prozent vom Arbeitsamt erstattet. Er kann also monatelang einen Arbeiter umsonst für sich arbeiten lassen! Bei einer entsprechenden Beurteilung durch den Unternehmer kann das Arbeitsamt den Arbeiter als „nicht verfügbar", zu deutsch als „arbeitsscheu", abstempeln und ihm das Arbeitslosengeld streichen.

Nach dem 1975 verschärften Arbeitsförderungsgesetz steht nur derjenige „zur Verfügung" (und hat damit gegebenenfalls Recht auf Arbeitslosengeld), der „eine zumutbare Beschäftigung unter den üblichen Bedingungen" ausüben kann und der „bereit ist, jede zumutbare Beschäftigung anzunehmen, die er ausüben kann". Jetzt wird die Möglichkeit verschärft, sogar solchen arbeitslosen Kollegen, die bereit sind, weit schlechtere Arbeit anzunehmen, als es ihrer Ausbildung entspricht, als „nicht zur Verfügung stehend" das Arbeitslosengeld zu streichen. Auch die Möglichkeiten, Arbeitslose dazu zu erpressen, daß sie sehr schlechte Arbeit annehmen, für einen Hungerlohn schuften, schlechte Arbeitsbedingungen und Schikanen in Kauf nehmen, sowie weite Anfahrtswege, Trennung von ihren Familienangehörigen usw., wurde ausgebaut durch diese Bestimmung.

Gegen diesen unerhörten Angriff auf die Rechte der Arbeitslosen müssen sich alle Arbeiter, auch die nicht arbeitslosen, zusammenschließen und entschieden kämpfen.

Im übrigen verdeutlicht diese Verschärfung, wem die Gesetze und der Staat im Kapitalismus allein dienen: den Klasseninteressen der Kapitalisten. Der bürgerliche Staat ist das Instrument zur Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse durch die Bourgeoisie. Wenn die D„K"P-Revisionisten und der DGB-Apparat uns immer weismachen wollen, gegen Massenentlassungen, Betriebsstillegungen, gegen die Arbeitslosigkeit und die Verelendung müßten wir an den bürgerlichen Staat appellieren und auf seine Hilfe hoffen, so ist das ein infamer Betrug, ein schmutziger Verrat am Kampf für die Interessen der Ausgebeuteten und Unterdrückten.

Der DGB-Apparat, der selbst mit dem Bonner Staat stark verfilzt ist, versucht jedoch nicht nur Illusionen über diesen Staat zu schüren und den Kampf gegen ihn zu verhindern — er unterstützt außerdem unmittelbar und direkt die verbrecherischen Angriffe dieses Staates auf die Werktätigen. Im Verwaltungsrat der Bundesanstalt für Arbeit, der die neuen verschärfenden Bestimmungen gegen die Arbeitslosen erlassen hat, sitzen auch die DGB-Bonzen als „Arbeitnehmervertreter". Sie haben, wie die „Frankfurter Rundschau" berichtete, zu den Bestimmungen ihre Zustimmung gegeben. Das zeigt: Auch der DGB-Apparat ist der geschworene Feind des arbeitenden Volkes.

M. Weisfeld hat Berufungsprozess gewonnen

Michael Weisfeld, kommunistischer Stahlarbeiter am Hochofen der Klöckner-Hütte in Bremen, hat nun auch in der Berufung seinen Arbeitsgerichtsprozeß gegen seine fristlose Entlassung durch die Klöckner-Bosse gewonnen.

Im Frühjahr 1976 war Michael, der für die Vertrauensleutewahlen kandidierte und dabei die breite Unterstützung seiner Arbeitskollegen genoß, fristlos entlassen und durch Polizeigewalt vom Werk geschleppt worden. Die Initiatoren dieser faschistischen Maßnahme waren die D„K"P-Revisionisten, die eine beherrschende Stellung im Betriebsrat und im Vertrauensleutekörper einnehmen. Der Betriebsrat stimmte der fristlosen Entlassung einstimmig zu.

Die Kollegen Michaels waren jedoch sehr empört und sie unterstützten aktiv den Kampf für seine Wiedereinstellung. Dadurch konnte im letzten Herbst ein großer Erfolg errungen werden. Angesichts der breiten Solidarität der Kollegen und des konsequenten Kampfes der Partei sah sich das reaktionäre Arbeitsgericht gezwungen, die Entlassung für nicht rechtmäßig zu erklären und die Klöckner-Kapitalisten aufzufordern, Michael Weisfeld sofort wieder einzustellen. Zur Freude seiner Kollegen konnte Michael wieder seinen alten Arbeitsplatz am Hochofen einnehmen.

Der Kampf war damit jedoch nicht beendet. Klöckner legte gegen das Urteil Berufung ein. Auch die Arbeiterverräter im Betriebsrat und im Vertrauensleutekörper hoffen nach wie vor, daß sie den Kommunisten Michael doch noch loswerden können. Auf der letzten Vertrauensleuteversammlung verhinderten sie, daß eine Resolution zur Abstimmung kam, die den Versuch der erneuten Entlassung Michaels verurteilt. 52 Kollegen, fast die gesamte Schicht Michaels am Hochofen, hatten diese Resolution unterschrieben.

Als jetzt die Berufungsverhandlung vor dem Landesarbeitsgericht stattfand, waren mehrere Kollegen gekommen, um ihre Solidarität mit Michael zu demonstrieren. Das Gericht hatte es offenbar eilig, die Verhandlung schnell und reibungslos über die Bühne zu bringen. Es verzichtete auf die Vernehmung anwesender Zeugen und verkündete das Urteil: „Das Gericht kann die Berufung nicht anerkennen." (Die Urteilsbegründung, die später schriftlich zugestellt wird, lag bei Redaktionsschluß noch nicht vor.) Als Michael nach der Verhandlung wieder an seinem Arbeitsplatz war, kamen viele Kollegen zu ihm, um ihm zu gratulieren.

KHD/Köln

Die Rote Betriebsrätin von KHD in Köln, Anne Fleischel, konnte per einstweiliger Verfügung durchsetzen, daß sie bis zur Berufungsverhandlung vor dem Arbeitsgericht ihre Betriebsratstätigkeit weiter ausüben darf. Anne Fleischel war auf Betreiben der reaktionären IGM-Betriebsratsclique wegen angeblicher „parteipolitischer Betätigung" ihres Rechts beraubt worden, als gewählte Betriebsrätin ihre Funktion auszuüben. Das Arbeitsgericht hatte in 1. Instanz den Ausschluß Annes aus dem Betriebsrat bestätigt. Als Anne jetzt ihre Betriebsratsarbeit wieder aufnahm, ließen die Bonzen schon die erste Sitzung, an der sie wieder teilnehmen wollte, platzen. Der Grund: Sie hatten von der Roten Betriebsrätin verlangt, sie solle sich von einem Flugblatt der KPD/ML distanzieren. Anne hatte dies natürlich verweigert. Das zeigt, daß die Handlanger der KHD-Kapitalisten mit allen Mitteln die Rote Betriebsrätin ausschalten wollen, die als einziges Mitglied des KHD-Betriebsrates die Interessen der Arbeiter vertritt.

Nächtlicher Polizeiüberfall in Hamburg

Junger Arbeiter angeschossen

Seit zwei Wochen liegt der 25jährige Elektroinstallateur Wolfgang Engel im Krankenhaus. Eine Kugel aus einer Polizeiwaffe hat seinen Unterarm durchschlagen. Warum schoß die Polizei? Eine Hamburger Genossin sprach mit Frau Engel. Sie berichtet:

„Es geschah in der Nacht des 14. April. Herr und Frau Engel wollten gerade schlafen gehen. Im Dunkeln stieß Herr Engel in der neu renovierten Wohnung gegen eine nicht richtig befestigte Tür. Sie stürzte mit lautem Gepolter um. Die beiden Kinder, 3 und 6 Jahre alt, wachten auf und schrien. Gerade als Frau Engel die Kinder wieder beruhigt hatte, hörten beide ein Geräusch an der Briefklappe ihrer Wohnungstür. Empört darüber, daß sich mitten in der Nacht jemand an seiner Wohnungstür zu schaffen machte, ging Herr Engel zur Tür, schlug die Klappe zu und riß gleichzeitig die Tür auf. Im selben Moment fielen zwei Schüsse.

Geschossen hatten keineswegs Einbrecher, sondern zwei Beamte eines Streifenwagens, weil sie — wie sie später sagten — einen ‚scharfen Knall' in der Wohnung gehört hatten.

Als Frau Engel die Polizisten sah, rief sie sofort, ihr Mann sei unbewaffnet. Das glaubten ihr aber die Polizisten nicht. Sie stürmten — insgesamt ca. 15 Mann — in die Wohnung, stiegen über den in einer Blutlache auf dem Flur liegenden Wolfgang Engel hinweg und durchsuchten alle Räume nach weiteren Personen und nach einer Waffe. Dabei wurde Frau Engel ständig verhört und wiederholt gedrängt, sie solle jetzt zugeben, was vor den Schüssen der Polizei ‚geknallt' habe. Als einer der Polizisten neben der Tür zwei Löcher in der Wand entdeckte, die von einem Schlüsselbrett stammen, rief er Frau Engel mit den Worten: ‚Jetzt kommen Sie mal her und lassen sich schnell eine Ausrede einfallen, woher diese beiden Löcher kommen.'



Frau Engel am Krankenbett ihres Mannes

Sogar die beiden kleinen Kinder wurden ausgefragt, ob ‚der Papi nicht irgendetwas zum Schießen oder Knallen in der Wohnung' habe. Als die Polizisten hörten, daß noch von Sylvester etwas zum Knallen übrig sei, beschlagnahmten sie einen China-Knaller. Es war offensichtlich, daß die Polizisten einen Grund suchten, um ihre Schüsse als ‚Notwehr' hinstellen zu können. Einer von ihnen: ‚Ich habe schließlich einen Menschen angeschossen, hier muß doch was zu finden sein.'

Herr Engel wurde behandelt wie ein Schwerverbrecher. Als er, nachdem er sich von seinem Schock etwas erholt hatte, auf die Toilette ging, wurde er durch einen Türspalt ständig von einem Polizisten beobachtet. Ebenso Frau Engel. Einer der Polizisten fuhr sie an: ‚Es fehlt jetzt bloß noch, daß Sie wie im Fernsehen nichts ohne ihren Anwalt sagen.' Außerdem kündigten die Polizisten gleich an, daß sie zu sechst vor Gericht aussagen würden, daß Herr Engel geschossen habe.

Wolfgang und Annemarie Engel waren sehr empört, als ich mit ihnen über diesen Vorfall sprach. Ich hatte Frau Engel ältere Nummern des ‚Roten Morgen' mit Berichten über ähnliche Polizeiüberfälle mitgebracht. Frau Engel fand die Parallelen verblüffend und wollte die Zeitungen ihrem Mann mit ins Krankenhaus bringen. Frau Engel hat sich bisher für Politik nie interessiert. Aber nach diesem Vorfall kamen ihr erste Zweifel, ob sie sich nicht doch mehr darum kümmern müsse. Beide sind sehr dafür, daß im ‚Roten Morgen' über ihren Fall berichtet wird, denn mit den Artikeln in ‚Bild' und ‚Hamburger Abendblatt' sind sie überhaupt nicht einverstanden. Wir werden weiter Kontakt halten mit der Familie Engel und sie auch bei einem Prozeß unterstützen."

Iserlohn

Wer hat hier Angst vor der KPD/ML?

Wie in vielen anderen Städten der Bundesrepublik auch, warben die Genossen der Partei in Iserlohn mit Stellschildern und Plakaten für die Rote 1. Mai-Demonstration. Die Genehmigung für das Aufstellen und Aufhängen der Plakate war beim Bauverwaltungsamt der Stadt beantragt und gewährt worden. Kaum aber hingen die Plakate, gerieten die Iserlohner CDU und der Chefkommentator des Lokalblattes über das Symbol unserer Partei — Hammer, Sichel und Gewehr — in Aufregung.

„Beim Lesen einiger Artikel im ‚Iserlohner Kreisanzeiger' der letzten Tage" schreiben die Genossen in einem Flugblatt, „fühlt sich mancher ältere Iserlohner sicher an die schlimme Zeit der Hitler-Faschisten erinnert. Da beklagt der Chefkommentator ‚argus' alias E. Grüber den ‚ohnmächtig agierenden Verwaltungsapparat', die ‚Schwäche der amtlichen Stellen' usw. K. H. Schnabel, CDU-Ratsmitglied und Unternehmer, empört sich darüber, daß die KPD/ML noch nicht längst verboten ist und sogar noch legal Büros unterhalten kann. CDU-Mann und Bauunternehmer H. H. Schneider fordert eine andere ‚Ordnung' in diesem Staat und schließlich stellt die Iserlohner CDU Strafantrag gegen Unbekannt wegen ‚Verherrlichung von Gewalt'..."

Die „Affäre" zog ihre Kreise. Sogar der Stuhl des Chefs des Bauverwaltungsamtes Haegemann, der die Genehmigung erteilte, schien zu wackeln. Derart unter Beschuß genommen und von der CDU in den für sie natürlich scheußlichen Verdacht der Zusammenarbeit mit der KPD/ML gebracht, ließen sich die Bonzen der SPD, die die Pöstchen in den Iserlohner Ämtern besetzen, natürlich nicht lumpen.

Ein Iserlohner Genosse schreibt uns:

„Der Vorsitzende des Bauverwaltungsamtes wehrt sich — daß Kommunisten keine Meinungsfreiheit zustehe, sei auch seine Ansicht, aber seine Behörde sei nun mal nicht das Bundesverfassungsgericht. Der ‚Kreisanzeiger' schimpft dies eine ‚superdemokratische' Laschheit — hier hätte doch die Gelegenheit bestanden, durch einen mutigen Akt der Verweigerung einen Prozeß in Gang zu bringen, den kein Richter zugunsten der KPD/ML entschieden hätte — was wir dem ‚Kreisanzeiger' durchaus glauben können.

Der Stadtdirektor Walsch stellt sich vor seine Untergebenen — sie hätten richtig gehandelt. Zwar sei auch er der Meinung, daß man Kommunisten keine freie Meinungsäußerung gewähren dürfe — aber ihm seien ja leider die Hände gebunden. Er wundere sich aber, daß Staatsanwalt und Polizei nicht Mittel und Wege gefunden hätten, die seien doch sonst nicht so.

Um seinen ‚guten Willen' zu beweisen, stellt er zumindestens Strafantrag wegen Sachbeschädigung, weil Mai-Aufkleber mit dem gleichen Motiv an öffentliche Gebäuden angebracht waren.

In ihrem Streit um die eleganteste bzw. effektivste Methode zur Unterdrückung der kommunistischen Propaganda sind diese sauberen ‚Demokraten' von rührender Offenherzigkeit.

Mit ‚Schwung', wie er seinen Artikel überschreibt, verfällt ‚argus' angesichts der Bemühungen des Stadtdirektors sogleich in den Stürmerjargon seiner Jugendjahre. Ihm genügt das alles nicht, was scheren ihn Paragraphen. ‚Aus Treue zur Verfassung' müsse ein Beamter auch einmal den ‚Schwung' haben, ‚sich über die Paragraphen hinauszuheben.' Und als Wink mit dem Zaunpfahl: Im alten Österreich hätte man dafür mit Sicherheit einen Orden bekommen.

Der Hickhack zwischen CDU-Stadtrat und SPD-Kommunalbürokratie verwirrt zwar das ganze etwas, aber dennoch wird klar, was diese Herren vereint: der Haß auf die revolutionäre Gewalt, die Zensur bzw. das Verbot der kommunistischen Agitation und Propaganda (da streitet man sich nur noch um die Methoden), der Wunsch, die KPD/ML zu verbieten.

Da darf dann auch nicht der dezente Hinweis fehlen, es gebe Leute, die würden vermuten, daß die KPD/ML und ihre Plakate von der DDR finanziert würden — obwohl spätestens seit der Gründung der Partei in der DDR, seit unserem Kampf für die Freilassung des Genossen Bernd Hübner aus der Stasi-Haft jedem klar sein müßte, wie die KPD/ML zum sozialfaschistischen Unterdrückungsregime der Honeker-Clique steht.

Aber alle Verleumdungen, alle Hetze werden ihnen nichts nützen. Trotz Terror, Unterdrückung, Faschismus und Verbot im Osten und Westen — einmal kommt der Tag, da wird Deutschland rot."

Diskussionsveranstaltung der KPD/ML in Iserlohn:

Donnerstag, 12. 5., 19 Uhr, Gaststätte Westerhoff, Kurt-Schumacher-Ring 10

Korrespondenzen

Redaktion „ROTER MORGEN"
Wellinghofer Str. 103
Postfach 30 05 26
4600 Dortmund 30

Die Kollegen stehen hinter Wolfgang

Die Kölner Antifaschisten, die ohne irgendeinen Beweis, einzig und allein aufgrund ihrer antifaschistischen, revolutionären Gesinnung zu mehrmonatigen Gefängnisstrafen verurteilt worden waren, haben inzwischen alle die Ladung zum Strafantritt bekommen. Einer von ihnen ist Wolfgang, Elektromechaniker in dem Metallbetrieb mit über 600 Beschäftigten. Als Wolfgang die Ladung zum Strafantritt bekam, stellten seine Kollegen sofort die Forderung nach seiner Wiedereinstellung nach der Haft auf. Sie beschlossen, einen Kollegen ihrer Abteilung für die sechs Monate seiner Haft abzustellen, der seine Arbeit weitermacht, damit die Geschäftsleitung nachher zu Wolfgang nicht sagen kann: „Tut uns leid, aber ihr alter Arbeitsplatz ist besetzt." Der betreffende Kollege muß nun in Wechselschicht arbeiten, was er bisher nur alle fünf Wochen brauchte. Aber „Für Dich tun wir das gerne, denn Eure Verurteilung ist eine große Ungerechtigkeit", sagen die Kollegen. Ihre Forderung nach Wiedereinstellung von Wolfgang haben sie der Geschäftsleitung vorgelegt. Eine Konferenz jagte die andere. Die Kollegen blieben geschlossen hinter der Forderung. Nach zwei Tagen bekam der Genosse die mündliche Zusage: „Sie können wieder anfangen." Doch das reichte den Kollegen nicht. Sie wollten, daß er das schriftlich bekommt. Nach weiteren zwei Tagen hielt Wolfgang das Schreiben in der Hand! Ein großer Erfolg für die Kollegen und für den Genossen! Aber auch auf andere Weise zeigten die Kollegen ihre Solidarität. Ein anderer Kollege von ihm will für die Zeit seiner Haft seine Miete tragen — immerhin 350 DM; wieder ein anderer ist aus der Kirche ausgetreten und stellt die gesparte Kirchensteuer dem Prozeßfond zur Verfügung. Viele Kollegen haben versprochen, daß sie Wolfgang im Knast — Wolfgang soll in die JVA Münster — besuchen wollen, selbst wenn es sie einen Urlaubstag kostet. Einer, Vater von vier Kindern, meinte: „Wenn ich dich im Knast besuchen komme, packt meine Frau dir ordentlich was zu essen ein. Sie konnte das sowieso nicht fassen — genauso wie ich — daß du in den Bunker mußt. Wir kennen dich doch als ehrlichen Menschen, den man ruhig alleine in seiner Wohnung lassen kann." Ein anderer Kollege nimmt seit Wochen fünf „Rote Morgen" mit in seinen Betrieb und vertreibt sie dort. Er war auch sehr begeistert von unserer revolutionären 1. Mai-Demonstration und der anschließenden Veranstaltung. Bei einer Solidaritätsveranstaltung der Kölner Ortsgruppe der Partei im April, bei der über 60 Genossen und Kollegen anwesend waren, wurden den Antifaschisten Blumen und Geschenke aller Art überreicht, um ihnen zu zeigen, daß sie während der Zeit im Gefängnis nicht alleine dastehen, sondern daß der Kampf der Partei weitergeht. So sagte auch einer der verurteilten Antifaschisten an die Adresse der Klassenjustiz: „Sie kann uns zwar ins Gefängnis sperren, aber beileibe nicht die ganze Partei..." Ein anderer sagte: „Wenn wir nun zurückblicken, wenn uns die Kollegen fragen — hat sich das eigentlich gelohnt, dafür so lange ins Gefängnis zu gehen, — so können wir nur das eine sagen: Wir bedauern nichts. Wir haben über diesen Kampf viele neue Genossen gewonnen, Kämpfer für die proletarische Revolution. Wir haben der Klassenjustiz gezeigt, daß sie uns nicht einschüchtern kann, daß ihre Verschleppungstaktik nur dazu geführt hat, daß wir Erfahrungen sammeln konnten in geduldiger kommunistischer Kleinarbeit, die zweifellos Früchte getragen hat. Ebenso wie die Partei hat sich die RHD unermüdlich für uns eingesetzt."

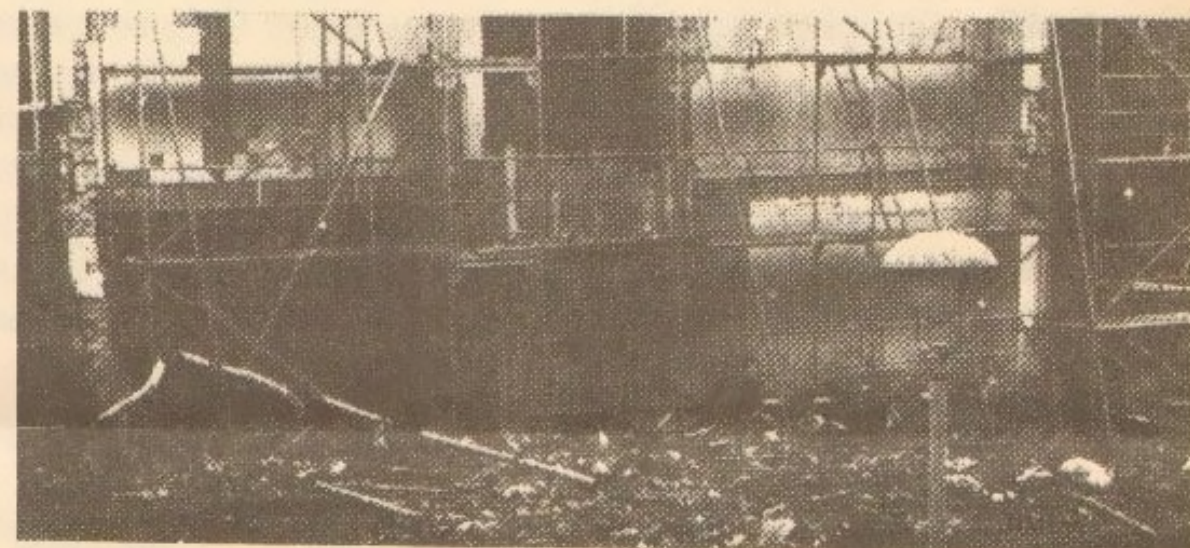
Solidarität mit den Kölner Antifaschisten! Schreibt den Genossen in Haft:

Manfred Schöneberg — JVA Attendorn
Wolfgang Brot — JVA Münster
Klaus Kercher — JVA Stammheim, Aspergstr. 60, 7000 Stuttgart
Sascha Haschemi — JVA Landsberg

Gasleitungsnetz defekt — 3 Menschen getötet

Liebe Genossen!

Vor einiger Zeit gab es in einem Altenwohnheim in Kiel-Gaarden (Blitzstraße) eine schwere Explosion. Sie war so verheerend, daß ein Teil des Gebäudes einstürzte und fünf Menschen unter den Trümmern begraben wurden. Zwei waren sofort tot, die anderen drei schwer verletzt. Einer von ihnen starb ein paar Tage später. Die nur etwa 20 m entfernte Schule wurde an der Fassade beschädigt. Es war ein Zufall, daß keine Kinder auf dem Schulhof waren (die Explosion geschah vormittags), sonst wäre wohl noch mehr passiert.



Das zerstörte Altenwohnheim

Anfangs taten Behörden und Lokalpresse so, als wisse man die Explosionsursache nicht. Später mußten sie aber zugeben, was jeder Gaardener längst wußte: Es handelte sich um eine Gasexplosion. Tage vorher hatten die Bewohner schon über Gasgeruch geklagt, aber außer einer kurzen Inspektion durch den Hausmeister war nichts unternommen worden.

Von einem städtischen Tiefbauarbeiter erhielt ein Genosse folgende Information: Die Verbindungsstellen im Gasleitungsnetz, besonders an den Stemm-Muffen, sind mit Hanf und einer Dichtungsmasse abgedichtet. Das früher verwendete Koksgas, das sehr fetthaltig und feucht war, hat die Dichtungen aufquellen lassen. Das neu eingeführte Erdgas aber trocknet die Verbindungsstellen aus. Außerdem wird es mit doppelt so großem Druck durch das Leitungssystem gepreßt.

Diese Tatsache ist der Stadt bekannt. So wurden 74 in der Straße neben der HDW die Rohre mittels eines Spezialverfahrens abgedichtet. In Gaarden selbst werden immer wieder an den gleichen Stellen Kopflöcher ausgehoben, und es wird nach undichten Stellen gesucht. Man hat sogar schon Schaum durch die Leitungen gepreßt, um die Stellen zu finden, wo er wieder austritt. In dem Altenwohnheim wurden sofort nach der Explosion alle alten Rohrleitungen herausgerissen und völlig neue installiert, wie uns die Bewohner im März erklärten. Einige alte Rohre wurden von der Kripo ans Berliner Materialprüfungsamt geschickt. Bis heute liegt noch kein Ergebnis vor.

Obwohl das alte Rohrleitungsnetz praktisch unverändert existiert und bisher nur Flickwerk gemacht wurde (natürlich erstmal in der Nähe der HDW), wird weiterhin das Gas unter dem erhöhten Druck durch das System der ungeeigneten Dichtungen gejagt. Das heißt, es besteht weiterhin Explosionsgefahr. Doch diese Gefahr besteht nicht nur in Gaarden, sondern überall, wo man das neue Gas eingeführt hat. Wie uns ein Bewohner erzählte, sind die Gasunglücke in Köln und Frankfurt auf dieselbe Ursache zurückzuführen! Um nicht das Geld für ein neues Leitungssystem ausgeben zu müssen, oder zumindest für das sofortige Auswechseln sämtlicher Dichtungen, macht man die Stadtteile zu Pulverfässern, kalkuliert man die Gefahr schwerer Gasunglücke mit ein! Ein klarerer Beweis für die verbrecherische Natur dieser Ausbeuterordnung ist kaum denkbar.

Rotfront!
Redaktion „Rotes Gaarden"

Am 11. Mai vor 25 Jahren

Philipp Müller von der Polizei erschossen

30.000 Jugendliche kamen am 11. Mai 1952 nach Essen, um dort gegen den Generalkriegsvertrag Adenauers, gegen die Wiederaufrüstung in Westdeutschland zu demonstrieren. Unter den Demonstranten war Philipp Müller, Mitglied der 1951 verbotenen „Freien Deutschen Jugend", Mitglied der KPD, aus München.



Die Polizei des berüchtigten Innenministers Lehr verbot diese gewaltige antimilitaristische Demonstration, ganz Essen war von Polizei belagert. Als die Jugendlichen sich dadurch nicht einschüchtern ließen, hieß es „Knüppel frei" und „Feuer frei". Der 21jährige Philipp Müller starb, getroffen von den Polizeikugeln, andere wurden verletzt.

Die Beerdigung Philipp Müllers, zu der aus der ganzen Bundesrepublik Patrioten und Antimilitaristen kamen, wurde zu einer machtvollen Demonstration des Hasses der deutschen Jugendlichen, des deutschen Volkes gegen die Wiederaufrüstungspolitik und den faschistischen Polizeiterror des Adenauer-Regimes.

„Es waren die Kommunisten, unsere Partei, die KPD, allen voran die Jugendorganisation, die Freie Deutsche Jugend, die FDJ, die damals in Westdeutschland unter der Losung des Genossen Stalin ‚Der Frieden wird erhalten und gefestigt werden, wenn die Völker die Sache der Erhaltung des Friedens in die Hände nehmen und ihn bis zum äußersten verteidigen', das Banner des Kampfes gegen die Wiederaufrüstung, für den Abschluß eines Friedensvertrages und die Wiedervereinigung Deutschlands ergriffen." (Ernst Aust, „Die Jugend wird den Kampf entscheiden".)



Roter Antikriegstag 1972: Die Schlacht am Karlstor

Reden auf dem Jugendkongreß der ROTEN GARDE August 1975 über die Aufgaben der ROTEN GARDE. Broschüre, 71 Seiten DM 1,50

„... so entstand die ROTE GARDE, um den unterbrochenen Kampf der FDJ, der revolutionären deutschen Jugend fortzusetzen. Schon früh, spätestens am Roten Antikriegstag 1972 in München, merkte die Bourgeoisie, das hier ist keine Jugend, deren Protest sich auf Bitten, Eingaben und papierene Resolutionen beschränkt, der man mit einigen hundert Polizisten den Schneid abkaufen kann. Diese Jugend läßt sich ihrer demokratischen Rechte nicht kampflos berauben, sie läßt sich ihr Recht auf die Straße nicht durch die willkürliche Errichtung von Bannmeilen nehmen. Und wenn man ihr mit Terror begegnet, schlägt sie zurück! So wie in München 1972." (Ernst Aust, „Die Jugend wird den Kampf entscheiden.")

Am 1. Mai, dem internationalen Kampftag der Arbeiterklasse

Demonstrationen in aller Welt

Fortsetzung von Seite 1

neue Erfolge gebracht.

Arm in Arm marschieren Arbeiter und Genossenschaftsbauern. Sie tragen Losungen wie „Verstärken wir die führende Rolle der Arbeiterklasse!" — „Es lebe das Bündnis zwischen Arbeiterklasse und Genossenschaftsbauern!" — „Die Verringerung der Unterschiede zwischen Stadt und Land — eine wichtige Aufgabe des vollständigen Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft!"



Die albanischen Werktätigen feiern den 1. Mai in Tirana unter der Losung: „Es lebe der proletarische Internationalismus".

An der Demonstration nehmen auch bewaffnete Freiwilligeneinheiten teil, zusammengesetzt aus Arbeitern, Schülern und Studenten in Uniform. Im sozialistischen Albanien beruht die Verteidigung des Vaterlandes nicht nur auf der Armee, sondern auf dem gesamten bewaffneten und militärisch ausgebildeten Volk. Mit der Hacke in der einen und dem Gewehr in der anderen Hand baut das albanische Volk den Sozialismus auf.

Auch die Studenten und Schüler fehlen bei dem Marsch nicht. Sie betonen mit ihren Losungen: „Lernen, arbeiten und kämpfen wir wie im Belagerungszustand im Gleichschritt mit der Arbeiterklasse!"

Sie alle — Arbeiter, Genossenschaftsbauern und Jugendliche — bekräftigen an diesem 1. Mai ihre Entschlossenheit, unter Führung der Partei den Klassenkampf entschlossen weiterzuführen, neue Erfolge beim sozialistischen Aufbau zu erringen und die Diktatur des Proletariats in Albanien weiter zu stärken und zu festigen.

Gleichzeitig drückten die albanischen Werktätigen ihre enge Kampfverbundenheit mit den kämpfenden Proletariern und Völkern in der ganzen Welt aus. „Wir bekunden allen Werktätigen und Völkern der ganzen Welt", hieß es in der Festansprache in Tirana, „unsere revolutionäre Solidarität und wünschen ihnen Siege in ihrem Kampf um Freiheit, Unabhängigkeit und Fortschritt gegen Imperialismus, Sozialimperialismus und Reaktion. Es lebe der proletarische Internationalismus! Ruhm dem Marxismus-Leninismus!"

KUNDGEBUNGEN ZUM 1. MAI IN DER VR CHINA

Auch in der Volksrepublik China wurde der 1. Mai festlich begangen. Bereits in den frühen Morgenstunden versammelten sich Arbeiter, Bauern, Militärangehörige, Intellektuelle und Jugendliche der Hauptstadt Peking im Kulturpalast, im Tschunschan-Park und an anderen Festorten. Peking war festlich geschmückt. An den Feiern zum 1. Mai nahmen auch Vertreter der Partei und des Staates teil.

Wie in anderen Jahren nahmen auch dieses Jahr an den festlichen Veranstaltungen Freunde und Gäste aus verschiedenen Ländern, Landsleute aus Taiwan, Hongkong, Macao und chinesische Patrioten aus Übersee teil.

TERROR GEGEN DIE DEMONSTRANTEN IN SPANIEN

Madrid, Valenzia, Sevilla und andere Städte Spaniens wurden am 1. Mai zu Schauplätzen von heftigen Zusammenstößen zwischen den breiten werktätigen Massen und den Polizeikräften. Die Demonstranten führten rote Fahnen mit sich und riefen zahlreiche Parolen gegen die volksfeindliche und antinationale monarcho-faschistische Regierung Juan Carlos', gegen die brutale Ausbeutung durch das Kapital. Bei den Zusammenstößen ging die Polizei mit brutaler Gewalt vor. Allein in Madrid wurden über 100 Demonstranten verwundet.

BLUTIGE AUSEINANDERSETZUNGEN IN SAN SALVADOR

Zu heftigen Zusammenstößen kam es auch in San Salvador zwischen den Demonstranten und den Polizeikräften. Tausende Arbeiter demonstrierten in San Salvador am 1. Mai und bekundeten ihren Haß auf das faschistische Diktaturregime sowie ihre Entschlossenheit, gegen dieses Regime und gegen die kapitalistische Ausbeutung zu kämpfen. Die Polizeikräfte gingen mit blutiger Gewalt gegen die Demonstranten vor. Dabei sollen acht Demonstranten getötet und Dutzende weitere verletzt worden sein.

BLUTIGE MASSAKER AM 1. MAI IN DER TÜRKEI



Eine der ermordeten Frauen

Als sich in Istanbul eine große Menschenmenge nach der Demonstration zum 1. Mai zur Kundgebung versammelte, eröffnete die Polizei vom Dach eines nahegelegenen Hotels das Feuer auf die Menge. Fast gleichzeitig stießen von den Seitenstraßen Panzer auf den Platz vor und eröffneten ebenfalls das Feuer. Zwei Frauen wurden von den Panzern überrollt und getötet, 36 Menschen starben durch die Kugeln der Polizei. Bereits eine Woche vor dem 1. Mai waren zwei Jugendliche von den Sozialfaschisten der revisionistischen Partei der Türkei beim Plakatieren erschossen worden.

VANGUARDIA OBRERA — SEMANAL

Spanien

Bandeira Vermelha — ÓRGÃO CENTRAL DO PARTIDO COMUNISTA PORTUGUÊS (RECONSTRUÍDO)

Portugal

REVOLUTIONÄRE ZEITUNGEN FÜR DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN

Lieber Leser des ROTEN MORGEN!

Die abgebildeten Zeitungen, aber auch andere Zentralorgane der Bruderparteien der KPD/ML sowie weitere revolutionäre Zeitschriften von befreundeten ausländischen Organisationen können über die „Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus" (GewiSo) bezogen werden. Wir bitten insbesondere auch die ausländischen Kollegen auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Die Zeitungen sind nur im Abonnement erhältlich.

Bestellungen bitten wir zu richten an: **GEWISO-Buchvertrieb, 2 Hamburg 50, Postfach 500568, Tel.: 040/3902959**

Italien

PROLETARI DI TUTTI I PAESI, UNITEVI!

nuova unità — ORGANO CENTRALE DEL PARTITO COMUNISTA D'ITALIA (m-l)

Griechenland

ΠΡΟΛΕΤΑΡΙΑΚΗ ΣΗΜΑΙΑ

Die marxistisch-leninistische Weltbewegung wächst und erstarkt

In dieser Reihe veröffentlicht der Verlag Roter Morgen Dokumente des Kampfes und der Entwicklung der marxistisch-leninistischen Bruderparteien und -organisationen, programmatische Erklärungen, Berichte, Kommentare, Interviews, Reden und gemeinsame Erklärungen.

Nr. 4: Dokumente der ersten gemeinsamen Konferenz der nordischen Marxisten-Leninisten, Januar 1975.

Nr. 5: Es lebe die revolutionäre Freundschaft zwischen den Werktätigen Polens und Deutschlands.

Nr. 6: Internationale Großkundgebung der Kommunistischen Partei Italiens/Marxisten-Leninisten in Rom, 23. Januar 1977. Aus dem Inhalt: Rede des Genossen Fosco Dinucci, Generalsekretär der KPI/ML. Grußansprachen und Grußbotschaften der Bruderparteien.

Nr. 7: Dokumente des Kampfes der Revolutionären Kommunistischen Partei Chiles. Aus dem Inhalt: Interview mit einem Genossen der RKP Chiles. Gemeinsame Erklärung der RKP Chiles und der KPD/ML.

In Vorbereitung:

Nr. 8: 50 Jahre Kampf der Kommunistischen Partei Brasiliens.

Bestellungen an: GEWISO-Buchvertrieb, Postfach 500568, 2000 Hamburg 50, Tel · 040/3902959.

2,00 — DIE MARXISTISCH-LENINISTISCHE WELTBEWEGUNG WÄCHST UND ERSTARKT 4 — DOKUMENTE DER ERSTEN GEMEINSAMEN KONFERENZ DER NORDISCHEN MARXISTEN-LENINISTEN

DIE MARXISTISCH-LENINISTISCHE WELTBEWEGUNG WÄCHST UND ERSTARKT 5 — ES LEBE DIE REVOLUTIONÄRE FREUNDSCHAFT ZWISCHEN DEN WERKT...

2,50 — DIE MARXISTISCH-LENINISTISCHE WELTBEWEGUNG WÄCHST UND ERSTARKT 6 — INTERNATIONALISTISCHE GROSSKUNDGEBUNG DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI ITALIENS/MARXISTEN-LENINISTEN Rom, 23. Januar 1977 — Reden und Grußbotschaften — VERLAG ROTER MORGEN

1,50 / 3,00 — DIE MARXISTISCH-LENINISTISCHE WELTBEWEGUNG WÄCHST UND ERSTARKT 7 — FÜR DIE EINHEIT DES VOLKES ZUM KAMPF GEGEN DEN IMPERIALISMUS UND ZUM STURZ DER DIKTATUR — Dokumente zum Kampf der Revolutionären Kommunistischen Partei Chiles — VERLAG ROTER MORGEN

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

ASEAN

Pakt gegen die Völker Südostasiens

Während des Besuches von Bundesaußenminister Genscher in Indonesien propagierten die Führer des faschistischen indonesischen Regimes lauthals die Notwendigkeit einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen der EWG und dem ASEAN-Pakt. Angeblich diene eine solche Zusammenarbeit dem Fortschritt und nütze den Völkern. Wir haben im „Roten Morgen" Nr. 15 und 16 gezeigt, daß die EWG ein Zusammenschluß der kapitalistischen Monopole und eine neokolonialistische Supermacht ist. Eine Zusammenarbeit mit der EWG heißt deshalb nichts anderes als einem imperialistischen Räuber Tür und Tor zu öffnen. Wie aber sieht es mit dem ASEAN-Pakt aus?

Mitgliedsländer des ASEAN-Paktes sind Indonesien, Thailand, die Philippinen, Singapur und der von den britischen Imperialisten künstlich zusammengestückelte Staat „Malaysia". In allen diesen Ländern, mit der Ausnahme von Singapur, herrschen faschistische Regime, Lakaien des USA-Imperialismus. Auch der Stadtstaat Singapur befindet sich vollständig in der Hand des Imperialismus und dient ihm als Finanzzentrale. Singapur ist sozusagen ein „Tanger des Fernen Ostens".

Der ASEAN-Pakt wurde nach der Auflösung des unter der Kontrolle des USA-Imperialismus stehenden aggressiven Militärpakts SEATO, der unter den Schlägen des bewaffneten revolutionären Befreiungskampfes der Völker Südostasiens, vor allem der Völker Indochinas, zusammengebrochen war, gegründet. Angeblich handelt es sich bei diesem Pakt um ein Instrument des Kampfes für die nationale Unabhängigkeit der Länder dieser Region vom Imperialismus. Angeblich sollte die Gründung dieses Pakts das wirtschaftliche Wachstum, den sozialen Fortschritt und die kulturelle Entwicklung in den Mitgliedsländern vorantreiben.

Ein einziger Blick auf die Lage der werktätigen Massen in den betreffenden Ländern enthüllt jedoch diese Propaganda als Lüge. Von den faschistischen Regimes unterdrückt, leben die werktätigen Massen in tiefster Armut, vergrößern sich ihre Not und das Elend, in dem sie zu leben gezwungen sind, ständig. Abgesehen davon. Seit der Gründung dieses Paktes verstärkten sich die Investitionen der imperialistischen Monopole in allen diesen Ländern, hat sich ihre Abhängigkeit vom Imperialismus ständig erhöht.

Immer klarer wird der eigentliche Zweck dieses Paktes: den von den kommunistischen Parteien und revolutionären Befreiungsbewegungen geführten bewaffneten Kampf der Völker von Malaya, Indonesien, Thailand, den Philippinen usw. zu unterdrücken und ihre Unterwerfung unter das Joch des amerikanischen Imperialismus zu verstärken, der sich damit zugleich eine Barriere gegen das Vordringen des sowjetischen Sozialimperialismus in diesem Raum geschaffen hat.

Im folgenden veröffentlichen wir Auszüge aus einem Artikel der revolutionären Nachrichtenagentur API des indonesischen Volkes. Der Artikel befaßt sich vor allem mit der verstärkten militärischen Zusammenarbeit der Regime, die sich im ASEAN-Pakt zusammengeschlossen haben und enthüllt den reaktionären Charakter dieses Paktes. In dem Artikel heißt es unter anderem:

„Seit kurzem gibt es immer mehr Anzeichen dafür, daß die verschiedenen Mitgliederregime der ASEAN mit dem gegenwärtigen Stand und dem Inhalt dieser (militärischen — RM) Zusammenarbeit nicht mehr zufrieden sind. Die hektische diplomatische Aktivität in mehreren Hauptstädten der ASEAN hat sehr viel mit den neuerlichen Versuchen zu tun, die ‚regionale Verteidigungsfähigkeit' zu verstärken. Nach einem regulären Treffen der ‚Gemeinsamen Grenzkommission von Indonesien und ‚Malaysia'' veröffentlichte der Verteidigungsminister Suhartos, General Panggabean, eine Erklärung, in der er tönte, die ASEAN müsse ihre Aktivitäten auf ‚andere Gebiete' ausweiten und in der er alle Mitglieder der Vereinigung aufrief, zweiseitige Verteidigungsabkommen abzuschließen. Einen Aufruf zur Ausweitung der militärischen Zusammenarbeit der ASEAN machte auch der Premierminister des thailändischen militärfaschistischen Regimes, Thanin Kraivichien, bevor er im Dezember zu einem offiziellen Besuch nach Djakarta aufbrach. Bei einem früheren Besuch des ‚malaysischen' Vizeverteidigungsministers in Indonesien wurde hauptsächlich über die Standardisierung der leichten Waffen, die von den ASEAN-Mitgliedern benutzt werden und über den Bau einer Waffenfabrik im gemeinsamen Besitz aller ASEAN-Mitglieder gesprochen.

Der Ruf nach Aufrüstung und engerer militärischer Zusammenarbeit zwischen den ASEAN-Mitgliederregimen muß vor dem Hintergrund der allgemeinen Situation in vielen südostasiatischen Ländern gesehen werden, wo den reaktionären Herrschern der Boden unter den Füßen brennt. Besonders in Thailand und ‚Malaysia' versetzt der bewaffnete Kampf des Volkes, der von den kommunistischen Parteien dieser Länder geführt wird, den feindlichen Streitkräften Schläge wie mit einem Vorschlaghammer. (Die vor kurzem wieder aufgenommenen gemeinsamen militärischen Aktionen der thailändischen und ‚malaysischen' Armee erwiesen sich als ein erneutes Fiasko.)



Kämpfer der Neuen Volksarmee auf den Philippinen

Auf den Philippinen hat die US-Marcos-Diktatur große Schwierigkeiten, mit dem bewaffneten Widerstandskampf der neuen Volksarmee (den revolutionären Streitkräften, die von der KP der Philippinen geführt werden) und den Streitkräften der Bangsa Moro im Süden des Landes fertig zu werden. Dem militärfaschistischen indonesischen Regime, das als das stärkste aller ASEAN-Mitglieder gilt, geht es nicht besser. Im Volkskrieg auf Osttimor steht ihm das Wasser bis zum Hals. Unter den Schlägen der von der FRETILIN geführten Volksstreitkräfte Osttimors hat seine Armee große Rückschläge erlitten. Es ist auch nicht ohne Bedeutung, daß, wie der ‚malaysische' Verteidigungsminister kürzlich enthüllte, das Suharto-Regime und sein ‚malaysischer Gegenpart planen, ihre gemeinsamen militärischen Operationen gegen ‚kommunistische Guerillas' an ihrer gemeinsamen Grenze (in Kalimantan, d. h. Borneo) anzukurbeln. Inzwischen quält die Mitglieder des Paktes auch das ständige Wachstum und der Fortschritt der revolutionären Streitkräfte des Volkes im benachbarten Burma, das selbst nicht Mitglied der ASEAN ist.

Die militärische Aufrüstung der ASEAN kostet natürlich viel Geld und erfordert die Beschaffung militärischer Ausrüstungen. Es wäre lachhaft zu glauben, daß die ASEAN-Mitgliederregime diese Aufgaben lösen könnten, indem sie sich auf ihre eigenen Mittel stützen. Aber genau dies wollen sie den Völkern weismachen.

Es kann überhaupt keinen Zweifel daran geben, auf wen sich die ASEAN bei der Verwirklichung ihres Planes stützen wird. **Genauso wie die einzelnen Mitglieder der ASEAN Wachhunde des US-Imperialismus sind, ist die ASEAN insgesamt ein Instrument des US-Imperialismus, das einerseits seinem Kampf mit dem sowjetischen Sozialimperialismus um Hegemonie und andererseits seinem Versuch, die revolutionären Befreiungsbewegungen der Völker dieser Region zu liquidieren, dient.** Alle Regime, die in der ASEAN zusammengeschlossen sind, sind Werkzeuge der konterrevolutionären Politik Washingtons, die Asiaten den Krieg führen zu lassen, wobei sie der US-Imperialismus mit Waffen und Geld versorgt.

Tatsächlich wurde der Plan, die militärische Zusammenarbeit und die ‚regionale Verteidigungsfähigkeit' zwischen den Mitgliedern der ASEAN zu verstärken und auszuweiten, vom US-Imperialismus diktiert.

Daß das Suharto-Regime bei der Verwirklichung dieses finsteren Plans eine größere Rolle spielen soll als die anderen Mitglieder, liegt in der Natur der Dinge. Seit der spektakulären Niederlage des US-Imperialismus vor fast zwei Jahren in Indochina, wurde dieses Regime zu seiner Hauptstütze und seinem Hauptgendarmen in Südostasien. Wahr ist aber auch, daß das Suharto-Regime durch seine enormen inneren Schwierigkeiten stark gehandicapt ist, um diese Rolle spielen zu können.

Die erneuten Versuche der ASEAN-Militärregime mit Hilfe und Unterstützung des US-Imperialismus ihre ‚nationale Verteidigungsfähigkeit' zu verstärken, sind deshalb nur ein Zeichen ihrer Verzweiflung angesichts des machtvollen Aufschwungs des bewaffneten Kampfes der Völker dieser Region für ihre nationale Befreiung. Indem sie ihre Einheit verstärken und sich gegenseitig unterstützen, werden die südostasiatischen Völker und ihre Befreiungsbewegungen ihren gemeinsamen Feinden sicher noch härtere Schläge versetzen. Weder einzeln noch gemeinsam werden diese Regime ihrem schließlichen Untergang entgehen."

11 Jahre bewaffneter Kampf des Volkes von Simbabwe

Der 28. April ist in die Geschichte des simbabwischen Volkes eingegangen als Tag der Aufnahme des bewaffneten Kampfes gegen das rassistische Ian-Smith-Regime, Ausgeburt des Kolonialismus und Imperialismus. Der Beginn dieses Kampfes vor elf Jahren war die erste Antwort, die die Patrioten den Manövern der englischen Kolonialisten erteilten, die, außerstande, dem großen Aufschwung der Befreiungsbewegung des simbabwischen Volkes Herr zu werden und ihre Kolonialherrschaft durch direkte Ausbeutung und Unterdrückung aufrechtzuerhalten, in Südrhodesien die Smith-Clique einsetzten, damit sie ihre imperialistischen Interessen verteidigte.



Simbabwe: Ein Freiheitskämpfer während einer Übung

Daher richtete sich der Kampf des simbabwischen Volkes nicht nur gegen Apartheid und Rassenunterdrückung, sondern auch gegen die Interessen des englischen und amerikanischen Imperialismus. Er bedeutet eine höhere Phase des jahrhundertelangen Befreiungskampfes des simbabwischen Volkes für Freiheit und wirkliche Unabhängigkeit. Von der Richtigkeit des Wegs, den es gewählt hatte, überzeugt, verbreitete das simbabwische Volk die Flammen des Kampfes allenthalben im Land und versetzte dem Feind schwere Schläge.

Heute setzt das simbabwische Volk den bewaffneten Kampf erfolgreich unter den günstigen Bedingungen fort, die dadurch entstanden sind, daß die Länder, die vor kurzem noch unter der portugiesischen Kolonialherrschaft standen, die Unabhängigkeit erlangt haben. Infolge der Offensive, die die simbabwischen Kämpfer Anfang des vergangenen Jahres begonnen haben, wurden, wie unlängst die Zeitschrift „Simbabwe News" meldete, 2.000 feindliche Soldaten getötet, 145 feindliche Militärfahrzeuge und sechs Brücken zerstört oder beschädigt, 22 Lager des Feindes angegriffen und schwer beschädigt.

In der letzten Zeit führten die Simbabwer machtvolle Aktionen in Bulawayo, Villa Salazar und in der Nähe von Salisbury durch.

Angesichts dieser Lage geht das rassistische Smith-Regime mit größter Brutalität vor. Es ergreift laufend Maßnahmen, im Bemühen, den anwachsenden Befreiungskampf zum Erliegen zu bringen. Es wirbt in den USA und anderen westlichen Ländern Söldner an, rüstet sie aus und arbeitet eng mit den Rassisten Pretorias zusammen. Die militärischen Operationen und systematischen Terror- und Gewaltfeldzüge gegen die Bevölkerung, die das Regime startete, folgten aufeinander.

Angesichts des anwachsenden Kampfes des simbabwischen Volkes werden in Salisbury, Pretoria, Washington und London lautstark die sogenannten „Pläne zur Übernahme der Macht durch die schwarze Mehrheit" ausposaunt als ein vergebliches Bemühen, das zu erreichen, was das rassistische Smith-Regime mit Feuer und Schwert nicht erreichen kann, nämlich die Befreiungsbewegung des simbabwischen Volkes niederzuhalten.

Gegen den Kampf der afrikanischen Völker für Freiheit und wirkliche Unabhängigkeit gehen auch die sowjetischen Sozialimperialisten vor. Auch ihre Diplomatie heckt nacheinander Intrigen aus, versucht, die Befreiungsbewegungen gegeneinander aufzubringen, um sie zu spalten und ihren Einfluß auszudehnen.

Das simbabwische Volk, ebenso wie das azanische und namibische Volk, überzeugt sich anhand seiner eigenen Erfahrung des Kampfes gegen das Rassistenregime immer mehr davon, daß der einzige Weg, um seine jahrhundertealten Bestrebungen zu verwirklichen, der Weg des bewaffneten Befreiungskampfes ist.

(Eine Sendung von Radio Tirana)

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE		
	1. Programm		
13.00 – 13.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
14.30 – 15.00	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
16.00 – 16.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
18.00 – 18.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
19.00 – 19.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	2. Programm		
21.30 – 22.00	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW
23.00 – 23.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	206 m	MW
6.00 – 6.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW



Pressefeste des Roten Morgen

Vor zehn Jahren, am 1. Juli 1967, erschien die erste Nummer des „Roten Morgen“, damals noch das Organ der Marxisten-Leninisten in der KPD. Mit der Gründung der KPD/ML an der Jahreswende 1968/69 ist der „Rote Morgen“ das Zentralorgan unserer Partei. In den vergangenen Zehn Jahren ist der „Rote Morgen“ unermüdlich für die Interessen der Arbeiterklasse und der Revolution eingetreten. Nicht umsonst ist er die meistverbotene Zeitung in Westdeutschland, nicht umsonst muß er in der DDR illegal erscheinen. Unter den Werktätigen jedoch hat der „Rote Morgen“ immer neue Freunde gewonnen.

Zur Feier des 10jährigen Bestehens des „Roten Morgen“ laden wir alle Freunde zu den Pressefesten ein, die aus diesem Anlaß am 10./11. bzw. 18. Juni in Hamburg, Dortmund, Westberlin, Stuttgart und Frankfurt stattfinden werden. Wir laden alle Werktätigen ein, unsere Pressefeste zu besuchen und den „Roten Morgen“ näher kennenzulernen.

Beteiligt Euch an den Wettbewerben!

I. Der „Rote Morgen“ gibt die Wahrheit wieder

unter diesem Motto ruft die Redaktion des „Roten Morgen“ alle Genossen der Partei, der ROTEN GARDE und alle Freunde des „Roten Morgen“ zu einem Artikelwettbewerb auf. Ausgezeichnet werden diejenigen Artikel, die am anschaulichsten und überzeugendsten einzelne Fälle oder Ereignisse aus dem Leben im Kapitalismus schildern und die Notwendigkeit des revolutionären Kampfes gegen den Kapitalismus zeigen. (Fotos zum Text sind erwünscht.) Teilnahmeberechtigt ist jeder Leser des „Roten Morgen“, der seinen Artikel (er darf nicht länger als 200 Schreibmaschinenzeilen sein) bis zum 1. Juni (Einsendeschluß) an die Redaktion des „Roten Morgen“ abschickt.* Name und Anschrift nicht vergessen! Schreibt bitte auf das Manuskript, daß der Artikel für den Wettbewerb bestimmt ist.

1. Preis: eine Reiseschreibmaschine und ein Wochenendbesuch bei der Redaktion des „Roten Morgen“;
2./3. Preis: Buchpreise.

II. Gesucht wird das beste „Roter Morgen“-Werbeplakat

Aufgerufen ist jeder Leser des „Roten Morgen“, sich an diesem Wettbewerb für ein gelungenes Plakat für die Werbung für den „Roten Morgen“ zu beteiligen. Wer mitmachen will, muß seinen Entwurf spätestens bis zum 1. Juni an das zentrale Parteibüro in Dortmund senden. (Name und Anschrift nicht vergessen!) Die drei besten Entwürfe werden mit Buchpreisen ausgezeichnet. Der beste Entwurf wird als Plakat gedruckt.* Rechtsweg bei beiden Wettbewerben ausgeschlossen.

2,5 Millionen DM Schmiergeld

Um den Kampf der Werktätigen gegen die Verseuchung der Umwelt zu unterdrücken, ist den kapitalistischen Konzernen kein Mittel zu schmutzig: Mit insgesamt 2,5 Millionen DM hat der STEAG-Konzern, wie jetzt bekannt wurde, 72 Einwohner des nach Bergkamen in Westfalen eingemeindeten Dorfes Heil bestochen, damit sie ihre Einsprüche gegen den von der STEAG geplanten Bau eines Kohlekraftwerks zurückziehen.

Für die kapitalistischen Konzerne ist die Zahlung von Schmiergeldern nichts Ungewöhnliches. Die zahlreichen in der letzten Zeit bekanntgewordenen Affären haben dies zur Genüge bewiesen. Die Steuergesetze, -bestimmungen und -verordnungen in der Bundesrepublik erlauben es den Kapitalisten sogar, Schmiergelder von der Steuer abzusetzen. Allein schon deshalb erweisen sich die nach dem Bekanntwerden von Regierungssprecher Bölling, dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Kühn und anderen entrüsteten Proteste gegen das „unsaubere Geschäft“ als pure Heuchelei. Völlig klar wird dies, wenn man bedenkt, daß es sich bei dem STEAG-Konzern um ein bundeseigenes Unternehmen handelt, in dessen Aufsichtsrat unter anderem die Abgesandten der Bonner und Düsseldorfer Regierungen sitzen.

In die Bergkamener Bestechungsaffäre verwickelt ist wieder einmal die SPD. Der Bergkamener Stadtdirektor Brüggemann, SPD-Mitglied, vermittelte das Geschäft. Die SPD-Fraktion im Stadtrat gab ihren Segen. 600.000 DM von den 2,5 Millionen der STEAG fließen dafür in die Stadtkasse. Bestimmt sind sie angeblich für die Verbesserung der „Infrastruktur“. Die Hand aufgehalten hat auch der stellvertretende Vorsitzende des Ortsvereins der SPD, Dirk Wörner. Er bekommt 20.000 DM aus dem großen Topf. Auch die Sprecher der sogenannten „Initiative“ gegen das Kohlekraftwerk sind allesamt Mitglieder der SPD gewesen, als das Geschäft abgeschlossen wurde.

Daß diese Leute nicht die Sorge um die Verschmutzung der Umwelt getrieben hat, beweist nicht allein die Tatsache, daß sie bereitwillig die Hand aufgehalten haben, als die STEAG mit den großen Scheinen winkte. Sie hatten offensichtlich von Anfang an vor, groß abzusahnen. Anders ist es kaum zu erklären, daß sich die Liste der Schmiergeldempfänger zum großen Teil aus den Angehörigen einiger weniger Familien zusammensetzt. Allein die Clans der drei Sprecherfamilien sicherten sich so zusammen fast eine halbe Million DM. Anders ist es wohl auch kaum zu erklären, daß diese Leute, als die Verhandlungen mit der STEAG schon angelaufen waren, den anderen zahlreichen Mitgliedern der Initiative den Austritt mit dem „Argument“ nahelegten, für den anlaufenden Prozeß seien große Geldmittel erforderlich, 2.000-3.000 DM müßten schon mal vorab von jedem auf den Tisch gelegt werden.

So haben sich in Bergkamen die Interessen eines kapitalistischen Konzerns, der, wenn es um den Profit geht, keine Moral kennt, auf dem Rücken derjenigen, die einen berechtigten Kampf gegen die wachsende Umweltverseuchung führen, mit der Geldgier einer Handvoll von Familien und einiger Politiker getroffen.

Gefälschte Leserbriefe

Bekanntlich zählen die Bonzen der IG Bergbau und Energie zu den größten Fürsprechern der kapitalistischen Konzerne, wenn es irgendwo um die Errichtung von Kern- oder Kohlekraftwerken geht. Um den Kampf der Werktätigen gegen die Umweltverschmutzung zu diffamieren und sich als Sprecher der Kumpels der Zechen ausgeben zu können, scheuen sie, die selbst als „Mitbestimmer“ in den Aufsichtsräten der Ruhrkohle AG und der Energietrusts sitzen, nicht vor Lüge und Betrug zurück.

So ist z. B. in der Nähe von Datteln der Bau sowohl eines Kohle- als auch eines Kernkraftwerks geplant. Zahlreiche Menschen, die sich in einer Bürgerinitiative zusammengeschlossen haben, bekämpfen diese Projekte, weil sie die Verseuchung der Umwelt befürchten. Da geschieht folgendes: In der „Einheit“, der Zeitung der IGBE, wird eine Leserbriefkampagne eröffnet. Jeder der Briefe befürwortet den Bau der Kraftwerke. Die Mehrheit der Leser der „Einheit“, die Arbeiter der Zechen und ihre Angehörigen also, so hat es den Anschein, stehen hinter den Projekten.

Heinz Schröder, einem Mitglied der Bürgerinitiative Waltrop, der selbst bei der Ruhrkohle AG angestellt ist, kam das spanisch vor. Er ging der Sache nach. Auf einer Veranstaltung der Bürgerinitiative Anfang Februar legte er das Ergebnis seiner Nachforschungen vor:

Da stellt sich z. B. heraus — und die hier abgedruckten Dokumente beweisen es eindeutig — daß es z. B. einen Herrn Rolf Thiele in Döhlau nicht gibt. Der Verdacht liegt nahe, daß die Bonzen der IGBE die angeblichen „Stimmen aus dem Volk“ selbst fabriziert haben, zumal, wenn man bedenkt, daß der Chefredakteur der Zeitung, Horst Niggemeier, als Bürgermeister von Datteln schon immer Propaganda für den Bau der beiden Kraftwerke gemacht hat.

GEMEINDE DÖHLAU
Landkreis Hof

8671 GEMEINDE DÖHLAU

Herrn
Heinz Schröder
Recklinghauser Str. 27
4355 Waltrop

8671 Döhlau, den 14. Sept. 1976
Nr. ______ /Az.: 150

Auskunft aus dem Melderegister
Ihr Schr. v. 1.9.1976

Sehr geehrter Herr Schröder!

Leider müssen wir Ihnen mitteilen, daß in Döhlau ein Herr Rolf Thiele nicht polizeilich gemeldet ist. Soweit in der Gemeinde bekannt, hält sich Herr Thiele hier auch nicht auf

Hochachtungsvoll

Harmlos

Thema Voerde

Mit besonderem Interesse habe ich auch diesmal wieder die Stimmen zum Urteil über das Kohlekraftwerk Voerde zur Kenntnis genommen.

Die Umweltverschmutzung ist gewiß ein ernstes Problem. In der Mobilisierung der Bürger darf man meines Erachtens aber nicht so weit gehen, daß dadurch die Grundlagen unserer wirtschaftlichen Existenz zerstört werden. Wenn eine kleine Gruppe, wie jetzt in Voerde, den Erweiterungsbau des Kohlekraftwerks stoppen kann — ich habe gelesen, daß dank modernster Kessel- und Filteranlagen die Kohle kein Verschmutzungsfaktor ist —, dann stimmt mich das nachdenklich. Der Rhein ist auch nicht mehr so golden, wie er besungen wird, und Millionen Kraftfahrzeuge auf den Straßen unserer Städte sind Luftverpester erster Ordnung. Dagegen ist solch ein Kohlekraftwerk harmlos, wie ich meine. Der Kampf gegen Kraftwerke — hier Kohle, dort Atom — darf nicht so weit führen, daß bei uns eines Tages die Lichter ausgehen.

Rolf Thiele
Döhlau

„Einheit“ 17/76

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

**Verlag
G. Schneider
Postfach 300526
4600 Dortmund 30**

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!
ROTER MORGEN
Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr......

O für 1 Jahr O für 1/2 Jahr O Probenummer

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Unterschrift: .... Datum: ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben).

Die Zahlung erfolgt:

O jährlich **DM 30,--** O halbjährlich **DM 15,--** O vierteljährlich **DM 7,50**

Die jeweiligen Gebühren sind im voraus nach Erhalt der Rechnung zu überweisen auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 23600-465 oder Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr 321004911. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements).

Parteibüros der KPD/ML

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der SVR Albanien und Veröffentlichungen des Verlags Roter Morgen bezogen werden.

Zentrales Büro, Redaktion „Roter Morgen“, Landesverband (LV) NRW und Buchladen „Roter Morgen“, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 9-12 und 14-18 Uhr, Sa. 9-14 Uhr.

Parteibüros:

LV Wasserkante, 2000 Hamburg 50, Buchladen „Roter Morgen“, Stresemannstr. 110, Tel.: 040/4 39 91 37. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 15-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen, 3000 Hannover, Buchladen „Roter Morgen“, Elisenstr. 20, Tel.: 0511/44 51 62. Öffnungszeiten: Di.-Fr. 17-19, Sa. 9-13 Uhr.

LV Südwest, 6800 Mannheim, Lortzingstr. 5, Tel.: 0621/37 67 44. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 17-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

LV Baden-Württemberg, 7000 Stuttgart 1, Buchladen „Roter Morgen“, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 16.30-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

LV Bayern, 8000 München 2, Buchladen „Roter Morgen“, Maistr. 69, Tel.: 089/53 59 87. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 14.30-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen“, Schererstr. 10, Tel.: 030/4 65 28 07. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 14.30-18.30, Sa. 10-14 Uhr.

5100 Aachen, Buchladen „Roter Morgen“, Viktoriastr. 35. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 16.30-18.30, Sa. 10.30-14.00 Uhr.

4800 Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen“, Sudbrackstr. 31, Tel.: 0521/17 74 04. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 16.30-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

4630 Bochum, Buchladen „Roter Morgen“, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/51 15 37. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 16-19, Sa. 10-13 Uhr. Mi 17-19 Uhr.

2800 Bremen (Walle), Buchladen „Roter Morgen“, Waller Heerstr 70, Tel.: 0421/39 38 88. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 16-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

4100 Duisburg 1 (Hochfeld), Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Mi. und Fr. 16-18.30, Sa. 10-13 Uhr.

6000 Frankfurt, Buchladen „Roter Morgen“, Burgstr. 78, Tel.: 0611/43 75 95. Öffnungszeiten: Di.-Fr. 16-18.30, Sa. 10-14 Uhr.

2300 Kiel 1, Buchhandlung „Roter Morgen“ Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/56 77 02. Öffnungszeiten: Mo, Mi, Do. 9-13 Uhr und 15-18 Uhr, Di. und Fr. 9-13 und 15-18,30 Uhr, Sa. 9-13

5000 Köln 91 (Kalk), Buchladen „Roter Morgen“, Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221/85 41 24. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 16-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

2400 Lübeck, Buchladen „Roter Morgen“, Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451/7 69 39. Öffnungszeiten: Mo, Mi. und Fr. 16.30-18.30 Uhr.

4400 Münster, Buchladen „Roter Morgen“, Bremer Platz 16, Tel.: 0251/6 52 05. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 16-18.30, Sa 11-14 Uhr.